

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Horst Berger/Annett Schultz

Veränderung der Erwerbssituation
in ostdeutschen Privathaushalten
und Befindlichkeit der Menschen

Christian Brinkmann/Eberhard Wiedemann

Zu den psycho-sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit
in den neuen Bundesländern

Winfried Gebhardt/Georg Kamphausen

Mentalitätsunterschiede
im wiedervereinigten Deutschland?

Das Beispiel zweier ländlicher Gemeinden

B 16/94

22. April 1994

Horst Berger, Prof. Dr. rer. oec. habil., geb. 1934; Studium, Promotion und Habilitation an der Humboldt-Universität zu Berlin; von 1977 bis zur Abwicklung des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR Bereichsleiter; seit Januar 1992 Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB).

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg. zus. mit Herbert F. Wolf und Arndt Ullmann) Handbuch der soziologischen Forschung, Berlin 1989; (Mitautor und Hrsg.) Sozialreport Ost-Berlin 1990. Daten und Fakten zur sozialen Lage, Berlin 1990; (Mitautor) Sozialreport 1992, Berlin 1992; (Mitautor) Veränderungen der Struktur und der sozialen Lage ostdeutscher Haushalte nach 1990, WZB-Arbeitspapier P 93-105, Berlin 1993.

Annett Schultz, Diplomsoziologin, geb. 1963; Studium der Soziologie in Leipzig; wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB).

Veröffentlichungen u. a.: (Mitautorin) Veränderungen der Struktur und der sozialen Lage ostdeutscher Haushalte nach 1990, WZB-Arbeitspapier P 93-105, Berlin 1993.

Christian Brinkmann, Diplom-Soziologe, geb. 1942; seit 1969 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg; seit 1991 Leiter des Arbeitsbereichs „Wissenschaftliche Praxisbegleitung und handlungsorientierende Informationsversorgung“ im IAB.

Veröffentlichungen u. a. zur beruflichen Wiedereingliederung von Arbeitslosen, zu den individuellen Folgen langfristiger Arbeitslosigkeit, zur Entwicklung des Arbeitskräfteangebots, zu Arbeitszeitwünschen und zur Implementation arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen insbesondere in den neuen Bundesländern.

Eberhard Wiedemann, Dr. oec., geb. 1941; nach vorheriger wissenschaftlicher Tätigkeit in Dresden seit 1991 Mitarbeiter im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg.

Veröffentlichungen u. a. zu arbeitsmarktlichen Krisenregionen in den neuen Bundesländern und zu Problemgruppen am ostdeutschen Arbeitsmarkt.

Winfried Gebhardt, Dr. rer. soc., Dr. phil. habil., geb. 1954; Studium der Soziologie, Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre; seit 1994 Privatdozent an der Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Bayreuth.

Veröffentlichungen u. a.: Fest, Feier und Alltag. Über die gesellschaftliche Wirklichkeit des Menschen und ihre Deutung, Frankfurt am Main u. a. 1987; (Hrsg. zus. mit Arnold Zingerle und Michael N. Ebertz) Charisma. Theorie, Religion, Politik, Berlin und New York 1993; (zus. mit Georg Kamphausen) Zwei Dörfer in Deutschland. Mentalitätsunterschiede nach der Wiedervereinigung, Opladen 1994; Charisma als Lebensform. Zur Soziologie des „alternativen Lebens“, Berlin 1994.

Georg Kamphausen, Dr. rer. soc., geb. 1955; Studium der Sozialwissenschaften in Freiburg, Bielefeld und Tübingen; Geschäftsführer der Amerika-Forschungsstelle an der Universität Bayreuth.

Veröffentlichungen u. a.: Hüter des Gewissens? Zum Einfluß sozialwissenschaftlichen Denkens in Theologie und Kirche, Berlin 1986; (zus. mit Winfried Gebhardt) Zwei Dörfer in Deutschland. Mentalitätsunterschiede nach der Wiedervereinigung, Opladen 1994; verschiedene Aufsätze zur politischen Ideengeschichte der Vereinigten Staaten (Länderbericht USA, 2 Bd., Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1989).



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

– Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

– Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;

– Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Veränderung der Erwerbssituation in ostdeutschen Privathaushalten und Befindlichkeit der Menschen

I. Vorbemerkungen

Im Zuge des deutschen Vereinigungsprozesses haben sich insbesondere im Erwerbsleben der Ostdeutschen gravierende Veränderungen vollzogen. Die damit verbundenen Umbrüche betreffen alle Branchen der Wirtschaft, alle Berufs- und Altersgruppen der Erwerbspersonen, Männer wie Frauen, vor allem die Industriearbeiterschaft, Erwerbspersonen in der Landwirtschaft sowie – in besonderem Maße – Frauen und ältere Erwerbspersonen. Infolgedessen wurde der Verlust des Arbeitsplatzes in den letzten drei Jahren für viele Ostdeutsche zur individuellen Erfahrung: Arbeitslosigkeit beeinflußt nachhaltig die Befindlichkeit der Menschen, zumal der Verlust des Arbeitsplatzes im bisherigen Leben auch nicht im entferntesten als Möglichkeit angenommen werden mußte.

Die neuen, bisher unbekanntenen Unsicherheiten und Risiken des Arbeitsmarktes haben enorme Bewegung in die überkommene Sozialstruktur gebracht. Damit veränderte sich in Ostdeutschland die soziale Lage breiter Schichten der Bevölkerung und wird sich auch weiterhin noch verändern. Wesentlich ist nunmehr, inwieweit es dem einzelnen gelingt, sich im neuen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zu behaupten.

In einer Untersuchung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) zur Bewertung des alten und neuen Gesellschaftssystems antworten drei Viertel der ostdeutschen Befragten (N = 1117) auf die Frage nach der Gewährleistung sozialer Sicherung, daß nur in der DDR eine ausreichende soziale Sicherung gewährleistet war; 23 Prozent meinten, daß soziale Sicherung ein Merkmal beider Gesellschaftssysteme sei, und je zwei Prozent waren der Auffassung, daß soziale Sicherung ausschließlich von der Bundesrepublik gewährt werde bzw. für keines der beiden Systeme

zutraf¹. Soziale Sicherheit bedeutete aber in der „Arbeitsgesellschaft“ DDR vor allem gesicherte Erwerbsarbeit für Männer und Frauen. Nur wer es vermag, diesen zentralen Stellenwert der Erwerbsarbeit im Leben der Ostdeutschen zu begreifen, kann ermessen, welche tiefe Wirkung von der Arbeitsmarktentwicklung und deren Folgen seit der Vereinigung ausgeht.

Werden die Menschen die „psychologische Herausforderung“ bestehen, die mit dem enormen Arbeitsplatzabbau in Ostdeutschland verbunden ist?, fragte Katharina Belwe 1991 in ihrem Aufsatz „Zur Beschäftigungssituation in den neuen Bundesländern“ und gab als eine wesentliche Bedingung dafür an, daß die Bundesregierung die entsprechenden wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen schaffen müsse². Inzwischen ist entgegen einer für das zweite Halbjahr 1992 prognostizierten wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung eine tiefe Rezession in Gesamtdeutschland eingetreten, wodurch sich die Arbeitsmarktsituation erheblich verschlechtert hat; und die Talsohle ist noch immer nicht erreicht³. Arbeitslosigkeit ist zum zentralen sozialen Problem in ganz Deutschland geworden⁴. In Zukunft werden demnach zunehmend wechselseitige Auswirkungen von Transformations- und gesamtdeutschen wirtschaftlichen Problemen sowohl auf ost- als auch auf westdeutsche Haushalte zu erwarten sein.

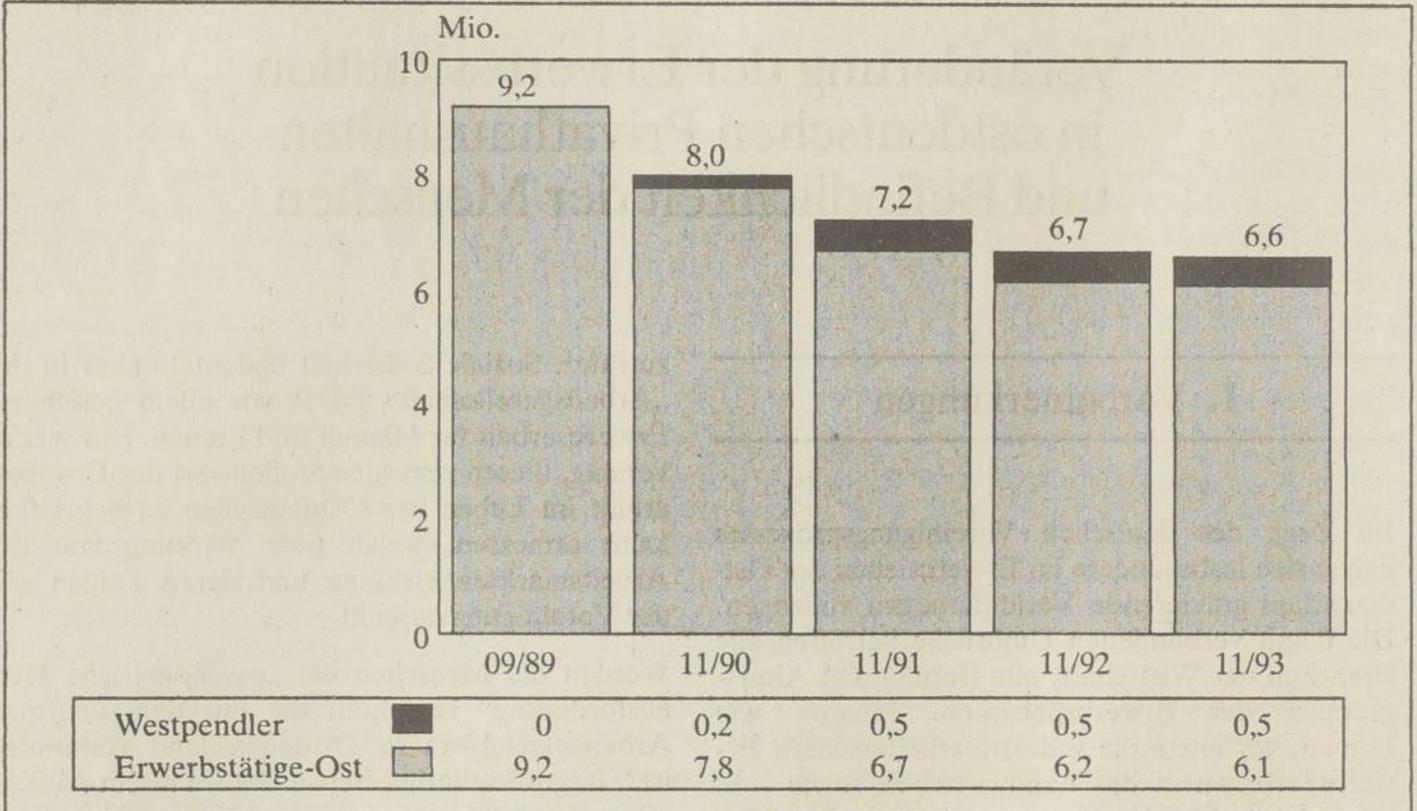
1 Vgl. Wolfgang Seifert/Richard Rose/Wolfgang Zapf, Ökonomische Verhaltensweisen und politische Einstellungen im vereinten Deutschland, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung, Paper P 93-109, Berlin 1993.

2 Vgl. Katharina Belwe, Zur Beschäftigungssituation in den neuen Bundesländern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29/91, S. 39.

3 Vgl. Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Ostdeutschland 1993 und 1994: Aufbau trotz Rezession im Westen, Frühjahrsgutachten 1993, Halle – Berlin 1993; Horst Berger/Horst Miethe/Gunnar Winkler, Arbeitsmarktentwicklung, in: Gunnar Winkler (Hrsg.), Sozialreport 1992, Berlin 1993.

4 Vgl. Jürgen Kühl, Arbeitslosigkeit in der vereinten Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 35/93; vgl. auch den Beitrag von Christian Brinkmann/Eberhard Wiedemann in diesem Heft.

Abbildung 1: Beschäftigungsentwicklung in Ostdeutschland (1989–1993)



Quelle: Infratest Sozialforschung, Arbeitsmarkt-Monitor für die neuen Bundesländer, Nürnberg 1993.

Dieser Beitrag konzentriert sich auf die Folgen des Beschäftigungsabbaus für ostdeutsche Haushalte. Wir gehen der Frage nach, inwieweit die Umbruchsituation, die schlechter werdende Erwerbssituation, Auswirkungen auf die objektive und subjektive Wohlfahrt nicht nur des einzelnen, sondern ebenso der von diesen Entwicklungen betroffenen Haushalte in Ostdeutschland hat⁵.

Die folgenden Aussagen basieren im wesentlichen auf Daten des Sozio-ökonomischen Panels/Ost (SOEP-Ost)⁶ der Jahre 1990, 1991 und 1992, auf

5 Diesem Beitrag liegen bisherige Forschungsergebnisse eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Forschungsprojektes am WZB „Soziale Lage privater Haushalte im gesellschaftlichen Umbruch Ostdeutschlands“ zugrunde. Diese sind u. a. nachzulesen in: Horst Berger/Wilhelm Hinrichs/Eckhard Priller/Annett Schultz, Veränderungen der Struktur und der sozialen Lage ostdeutscher Haushalte nach 1990, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung, Paper P 93-105, Berlin 1993.

6 Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) ist eine haushalts- und personenrepräsentative Längsschnittbefragung zur Untersuchung des gesellschaftlichen Wandels in Deutschland, jährlich durchgeführt vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Berlin. Es handelt sich hierbei um eine Panelbefragung, d. h. es werden jährlich dieselben Personen in denselben Haushalten befragt. Die Untersuchung läuft seit 1984 in den alten Bundesländern. Noch vor der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion wurde die Befragung 1990 auf

veröffentlichten Daten der amtlichen Statistik und von Infratest Sozialforschung.

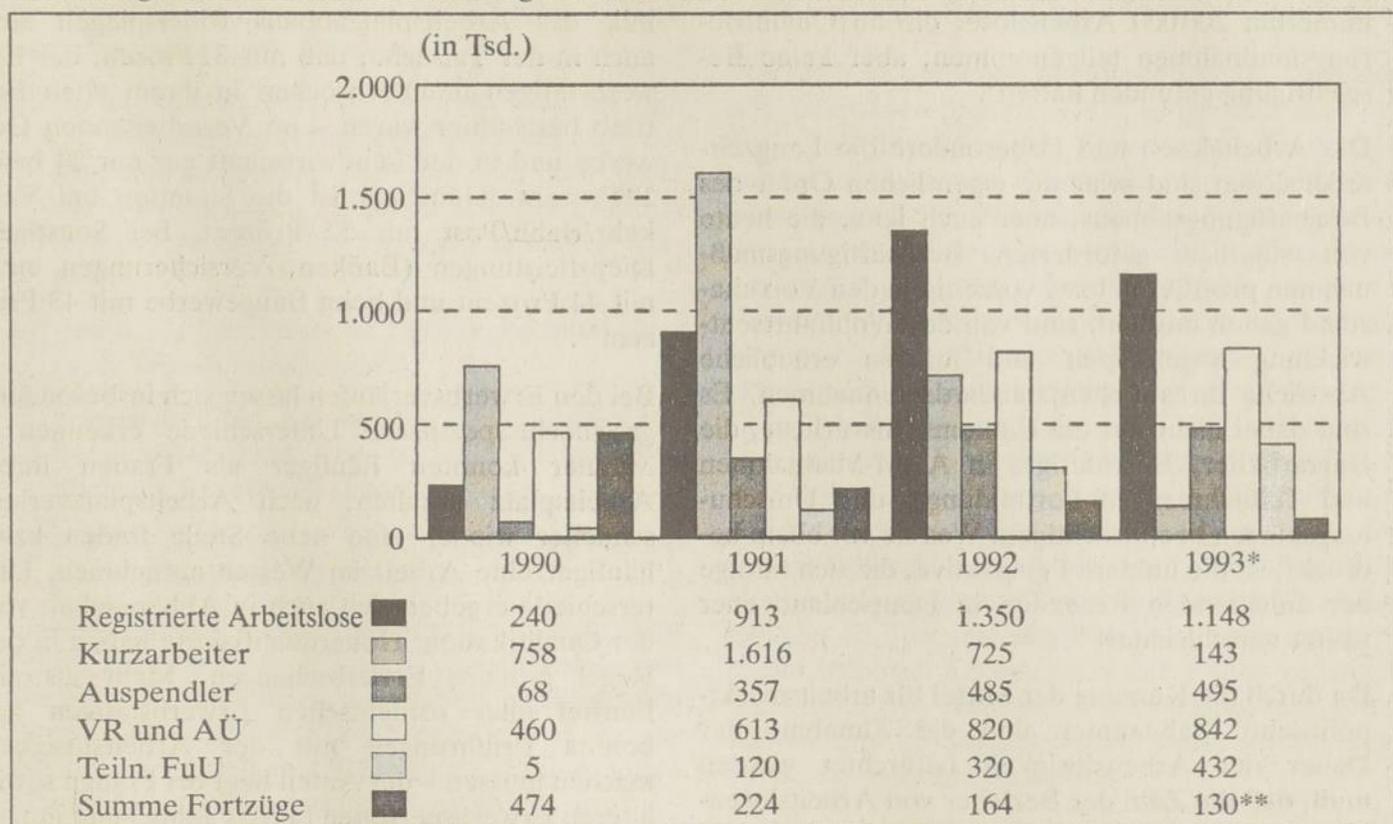
II. Beschäftigungsentwicklung in den neuen Bundesländern

Der dramatische Niedergang der ostdeutschen Wirtschaft hat zu einem beispiellosen Arbeitsplatzabbau geführt. Dadurch ging die Zahl der Erwerbstätigen um mehr als ein Drittel zurück (vgl. Abbildung 1). Vor allem im Verarbeitenden Gewerbe und in der Landwirtschaft hält der Rückgang noch immer an⁷. Der massive Beschäftigungsabbau führte zu Massenarbeitslosigkeit, vorzeitigem Ausscheiden aus dem Berufsleben,

das Gebiet der DDR ausgeweitet; vgl. Jürgen Schupp/Gert Wagner: Die Ost-Stichprobe des Sozio-ökonomischen Panels, in: Projektgruppe Das Sozio-ökonomische Panel (Hrsg.), Lebenslagen im Wandel: Basisdaten und -analysen zur Entwicklung in den neuen Bundesländern, Frankfurt am Main–New York 1991.

7 Vgl. Hans-Uwe Bach/Dieter Bogai/Hans Kohler/Hanspeter Leikeb/Emil Mayvas/Eugen Spitznagel, Der Arbeitsmarkt 1992 und 1993 in der Bundesrepublik Deutschland, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, (1992) 4.

Abbildung 2: Arbeitsmarktentwicklung in den neuen Bundesländern – Jahresdurchschnitte (1990–1993)



Anmerkung: VR und AÜ = Vorruhestand und Altersübergangsgeld; FuU = Fortbildung und Umschulung

* Stand September 1993

** Schätzwert

Quelle: Berechnungen des IAB, in: Autorengemeinschaft, Der Arbeitsmarkt 1991 u. 1992 in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1992; WZB-Beschäftigungsobservatorium November 1993; Statistisches Bundesamt, Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Vierteljahrszeitschrift, Stuttgart, November 1993.

Kurzarbeit, Abwanderung vor allem jüngerer Arbeitskräfte nach Westdeutschland sowie einer zunehmenden Anzahl von Westpendlern (ca. 500 000). Das Defizit an regulärer Beschäftigung (Arbeitslosigkeit und durch das Arbeitsförderungsgesetz gestützte Beschäftigung) betraf im Dezember 1993 29 Prozent der Erwerbspersonen. Vom Beschäftigungsabbau waren Frauen, ältere Arbeitnehmer und Ungelernte am stärksten betroffen. Durch die verschiedenen arbeitsmarktpolitischen Instrumente konnten soziale Härten gemildert und die Zahl der registrierten Arbeitslosen auf bislang 1,15 Millionen (1993) begrenzt werden.

Zunächst dominierte die Inanspruchnahme von Kurzarbeitergeld, andere arbeitsmarktpolitisch geförderte Formen nichtregulärer Beschäftigung wie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) oder Maßnahmen zur Fortbildung und Umschulung (FuU) liefen relativ spät an und erreichten unterschiedliche Ausmaße (vgl. Abbildung 2). Das aktive Erwerbsverhalten der Ostdeutschen und die

nach wie vor hohe Erwerbsorientierung (auch der Frauen) wird zweifellos durch solche arbeitsmarktpolitischen Instrumente unterstützt. Drei Viertel aller im November 1989 Erwerbstätigen haben Erfahrungen mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gemacht, und jeder Zweite hat berufliche Qualifizierungsmaßnahmen in Anspruch genommen, obwohl nur ein Viertel der Qualifizierungsteilnehmer finanziell durch das Arbeitsamt gefördert wurde⁸. Dies zeigt, daß die Ostdeutschen bereit und willens sind, sich den Herausforderungen bei der Umwälzung der Erwerbsverhältnisse zu stellen und ihren Platz im Erwerbsleben zu behaupten.

Indessen erhöhen die Qualifizierungsmaßnahmen zwar die Erwerbschancen, führen aber nicht immer zu einer Arbeitsaufnahme. Während sie bislang für rund 400 000 Personen positive Beschäfti-

⁸ Vgl. Infratest Sozialforschung, Arbeitsmarktmonitor für die neuen Bundesländer, Schnellbericht: Daten für November 1992 im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeit Nürnberg, Nürnberg 1993.

gungseffekte zeitigten, gab es im November 1992 immerhin 200 000 Arbeitslose, die an Qualifizierungsmaßnahmen teilgenommen, aber keine Beschäftigung gefunden hatten⁹.

Die Arbeitslosen und insbesondere die Langzeitarbeitslosen sind zwar die eigentlichen Opfer des Beschäftigungsabbaus, aber auch jene, die heute von staatlich geförderten Beschäftigungsmaßnahmen profitieren bzw. vorzeitig in den Vorruhestand gehen mußten, sind von der Wohlfahrtsentwicklung abgekoppelt und müssen erhebliche Abstriche ihres Lebensstandards hinnehmen. Es sind dabei nicht nur die Einkommensverluste, die Kurzarbeiter, Beschäftigte in ABM-Maßnahmen und Teilnehmer an Fortbildungs- und Umschulungskursen beeinträchtigen. Was sie vor allem bedrückt, ist die unklare Perspektive, die sich infolge der anhaltenden Rezession in Deutschland eher weiter verschlechtert¹⁰.

Da durch die Kürzung der Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und die Zunahme der Dauer der Arbeitslosigkeit befürchtet werden muß, daß die Zahl der Bezieher von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zunimmt, wächst für nicht unerhebliche Personengruppen das Risiko, in Armut zu fallen¹¹. Indessen sind die Erwerbsverläufe der Teilgruppen von Erwerbstätigen durchaus unterschiedlich – sie differieren vor allem nach Geschlecht, Alter, Region, Qualifikation und Branchen.

Von den im November 1989 9,2 Millionen Erwerbstätigen konnten ca. zwei Drittel auch im November 1992 ihren Erwerbsstatus halten, ca. ein Drittel war nicht mehr erwerbstätig, fünf Prozent waren in den Westen gezogen bzw. verstorben. Schauen wir uns den Erwerbsstatus genauer an, so zeigt sich, daß sich 1992 46 Prozent der Erwerbspersonen ununterbrochen in regulärer Beschäftigung befanden, acht Prozent nach Unterbrechungen wieder eine reguläre Beschäftigung aufnehmen konnten und sieben Prozent einer geförderten Beschäftigung nachgingen. Hingegen waren 10 Prozent arbeitslos gemeldet, weitere 10 Prozent befanden sich im Vorruhestand/Altersübergang, fünf Prozent in Fortbildung und Umschulung, nochmals fünf Prozent im Rentnerstatus und zwei Pro-

9 Vgl. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, IAB-Werkstattbericht Nr. 1.11 vom 15. 11. 1993, Nürnberg 1993.

10 Vgl. Institut für Wirtschaftsforschung Halle (Anm. 3).

11 Vgl. Joachim Frick/Richard Hauser/Klaus Müller/Gert Wagner, Die Auswirkungen der hohen Unterbeschäftigung in Ostdeutschland auf die personelle Einkommensverteilung, in: Renate Neubäumer (Hrsg.), Arbeitsmarktpolitik kontrovers, Darmstadt 1993, S. 204–228.

zent in sonstiger Nichterwerbstätigkeit. Die Dynamik des Arbeitsplatzabbaus widerspiegelt sich auch in der Tatsache, daß nur 31 Prozent der Erwerbstätigen ununterbrochen in ihrem alten Betrieb beschäftigt waren – im Verarbeitenden Gewerbe und in der Landwirtschaft gar nur 24 bzw. 19 Prozent. Günstiger ist die Situation bei Verkehr/Bahn/Post mit 52 Prozent, bei Sonstigen Dienstleistungen (Banken, Versicherungen etc.) mit 44 Prozent und beim Baugewerbe mit 43 Prozent¹².

Bei den Erwerbsverläufen lassen sich insbesondere geschlechtsspezifische Unterschiede erkennen – Männer konnten häufiger als Frauen ihren Arbeitsplatz erhalten, nach Arbeitsplatzverlust schneller wieder eine neue Stelle finden bzw. häufiger eine Arbeit im Westen aufnehmen. Unterschiede ergeben sich auch in Abhängigkeit von der Qualifikation: Höherqualifizierte haben in der Regel größere Erwerbschancen. Mehr als ein Fünftel aller ostdeutschen Erwerbstätigen hat bereits Erfahrungen mit der Arbeitslosigkeit machen müssen – der Anteil liegt bei Frauen sowie älteren Erwerbspersonen (40–51 Jahre) und jüngeren Erwerbspersonen (15–24 Jahre) allerdings höher¹³.

Für die Bewertung der Befindlichkeit der Menschen ist der aktuelle Erwerbsstatus zwar wichtig, dennoch kann das Ausmaß der Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und deren Wirkungen nur hinreichend durch eine Analyse der Erwerbsverhältnisse der betroffenen Personen im Haushaltskontext erfaßt werden.

III. Besonderheiten der ostdeutschen Privathaushalte

Die beschriebenen gravierenden Veränderungen in den Erwerbsverhältnissen waren nicht nur für den einzelnen, sondern auch für die betroffenen Haushalte mit Beeinträchtigungen verbunden. Auf der Ebene des Privathaushalts¹⁴ treffen verschiede-

12 Vgl. Infratest Sozialforschung, Erwerbsverläufe seit der „Wende“, München, Oktober 1993.

13 Vgl. Statistisches Bundesamt, Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Vierteljahresschrift November 1993, Wiesbaden 1993.

14 Mit ‚Privathaushalt‘ wird hier in enger Anlehnung an die Definition der amtlichen Statistik die Institution bezeichnet, in der eine Person oder Personengruppe lebt und wirtschaftet, sowie der hierauf aufbauende Lebenszusammenhang.

dene Faktoren zusammen, welche das Ausmaß der Beeinträchtigungen sowohl positiv als auch negativ beeinflussen können. Das sind

- a) die individuell verschiedenen Ressourcen und Belastungen des Haushalts als Ganzes (von besonderer Bedeutung sind hier u. a. die Anzahl der erwerbstätigen Personen sowie die Anzahl und das Alter der im Haushalt lebenden Kinder);
- b) staatlich zugeschriebene Leistungen und Güter (u. a. Transfereinkommen);
- c) gesellschaftlich bestimmte Positionszuschreibungen mit ihren Vor- und Nachteilen (u. a. über den Berufsstatus) sowie
- d) interne und externe Handlungsstrategien und Aktivitätsmuster der Haushalte.

Gebrochen durch den jeweiligen Familienzyklus führt dies zu spezifischen haushaltsinternen Belastungs-, Bedürfnis- und Wohlfahrtskonstellationen. Die einzelnen Privathaushalte sind also gefordert, die aus dieser Bündelung resultierenden Handlungsmöglichkeiten zur Gestaltung ihrer sozialen Lage, zur Wohlfahrtssicherung bzw. -produktion zu nutzen und den entstehenden Belastungen durch wirksame Handlungsstrategien entgegenzuwirken, wodurch soziale Härten vermieden bzw. abgefedert werden können. Dies ist in erster Linie über die Erwerbstätigkeit bzw. Erwerbseinkommen der Haushaltsmitglieder zu erreichen. Daher gehen wir davon aus, daß es von entscheidendem Einfluß für die soziale Lage des Privathaushalts in Ostdeutschland ist, ob und in welcher Qualität die Erwerbstätigkeit der Eltern- generation des Haushalts aufrechtzuerhalten oder ob der Haushalt auf Transferzahlungen angewiesen ist. Die Wirksamkeit dieser ausgleichenden Funktion des Privathaushalts ist aber vorrangig durch dessen Struktur bestimmt.

Nun lassen sich – was die Haushaltsstrukturen in Ostdeutschland betrifft – einige Charakteristika bezüglich ihrer Verteilung und ihrer internen Struktur ausmachen. Sie sollen im folgenden kurz skizziert werden. Wie in Tabelle 1 erkennbar, sind ein Großteil der ostdeutschen Haushalte Familienhaushalte. Das sind Haushalte mit Kindern, in denen 1992 durchschnittlich etwa 1,6 Kinder lebten. Besonders hoch ist in den neuen Ländern auch der Anteil Alleinerziehender¹⁵. In diesen Haushalten

15 Der im Vergleich zum Mikrozensus geringe Anteil von Alleinerziehenden-Haushalten im SOEP-Ost (6 Prozent) – dagegen etwa 11 Prozent im Mikrozensus (vgl. Statistisches Bundesamt, Mikrozensus April 1991, Wiesbaden 1992) – erklärt sich aus der unterschiedlichen Berechnungsbasis. In

ist die Aufrechterhaltung der Erwerbsbeteiligung von besonderer Bedeutung.

Die oft beschriebenen demographischen Spezifika der DDR-Gesellschaft – das junge Heiratsalter, die frühe und häufigere Geburt von Kindern – haben unmittelbare Auswirkungen auf den Lebensstandard der Privathaushalte. Noch 1989 lag das Heiratsalter der Frauen bei 22,7 und der Männer bei 24,7 Jahren. Zumeist wurden in diesen Familien kurz vor bzw. nach der Heirat Kinder geboren. In den jüngeren Alterskohorten (Altersgruppen, die durch zeitliche Merkmale wie gleicher Geburtsjahrgang, gleiches Schulabschlußjahr etc. gekennzeichnet sind) zwischen 26 und 45 Jahren dominieren daher Partner-Haushalte¹⁶ mit Kindern sowie Alleinerziehenden-Haushalte. Im Osten Deutschlands wurde noch 1989 das erste Kind von Frauen mit einem durchschnittlichen Alter von 22,9 Jahren geboren¹⁷. In einer entsprechend früheren Lebensphase der Eltern verlassen die Kinder den Haushalt. Partner-Haushalte ohne Kinder sind in Ostdeutschland somit meist Haushalte in diesem Lebenszyklus.

Kennzeichnend für Ostdeutschland ist auch der relativ geringe Anteil an Alleinlebenden (1992: 27 Prozent; alte Bundesländer: rd. 35 Prozent), die zudem nicht den für den Westen typischen „Singles“ verschiedener Alters- und Geschlechtergruppen entsprechen. Sie sind zu rund 50 Prozent über 66 Jahre alt und fast immer weiblich. 1992 machten sich jedoch erste Veränderungen der Haushaltsstrukturen bemerkbar. Der Anteil der Gruppe der unter 25jährigen innerhalb der Partner-Haushalte mit Kindern nahm von 1989 bis 1992 ab. Außerdem gibt es erste Anzeichen für eine Zunahme sehr junger Einpersonenhaushalte. Die Haushalte reagieren demnach auf die gesellschaftlichen Umbrüche demographisch längerfristig gesehen mit Defensivstrategien der Familiengründung und -erweiterung: Es werden weniger Kinder und diese zu einem späteren Zeitpunkt geboren. Eine Alterung der Partner-Haushalte mit Kindern setzt ein, und es werden weniger Ehen geschlossen¹⁸.

unserer Studie handelt es sich um die unverheirateten und ohne einen Lebenspartner lebenden Personen mit Kindern bzw. Jugendlichen, egal welchen Alters.

16 Da der Privathaushalt hier über den Wohn- und Wirtschaftszusammenhang definiert ist, wird nicht unterschieden, ob es sich um verheiratete Partner oder eine Lebensgemeinschaft handelt.

17 Vgl. Gunnar Winkler (Hrsg.), Sozialreport '90, Berlin 1990, S. 25.

18 Vgl. auch Wolfgang Zapf/Steffen Mau, Eine demographische Revolution in Deutschland?, in: ZUMA-Informationdienst Soziale Indikatoren, (1993) 10.

Tabelle 1: Ostdeutsche Privathaushalte nach Haushaltstypen* (1990 und 1992)

	1990		1992	
	1 000**	Prozent	1 000**	Prozent
Haushalte insgesamt	6 554	100	6 781	100
Ein-Personen-HH, davon:	1 700	26	1 794	27
- Rentner-HH		59		58
- Erwerbstätigen-HH		38		31
- Arbeitslosen-HH		1		8
- Nichterwerbstätigen-HH		2		3
Alleinerziehende-HH, davon:	394	6	414	6
- Erwerbstätigen-HH		84		61
- Arbeitslosen-HH		1		19
- Nichterwerbstätigen-HH		15		20
Partner-HH ohne Kinder, davon:	1 635	25	1 704	25
- 2-Rentner-HH		28		38
- 2-Erwerbstätigen-HH		53		24
- 2-Arbeitslosen-HH		-		5
- HH mit 1 Erw. und 1 Arbeitslosen		/		10
- HH mit 1 Erw. und 1 Nichterw.		17		12
- HH ohne Erwerbstätige		1		11
Partner-HH mit Kindern, davon:	2 504	38	2 566	38
- 2-Erwerbstätigen-HH		80		57
- 2-Arbeitslosen-HH		/		3
- HH mit 1 Erw. und 1 Arbeitslosen		1		25
- HH mit 1 Erw. und 1 Nichterw.		16		11
- HH ohne Erwerbstätige		3		4
Sonstige HH	321	5	291	4

* Erwerbsstatus der Elterngeneration.

** Hochrechnungen.

/ = Angabe statistisch nicht sinnvoll; - = kein Nachweis.

HH = Haushalte; Erw. = Erwerbstätiger; Nichterw. = Nichterwerbstätiger.

Datenbasis: SOEP-Ost 1990, 1992.

Dies läßt sich auf der einen Seite aus den stark gewachsenen Risiken der jetzt marktwirtschaftlich geprägten Lebensbedingungen erklären, andererseits ist es als eine Anpassungsreaktion an westliche Lebensart zu interpretieren. In Zukunft sind außerdem Auswirkungen auf die Haushaltsstruktur als Folge der anhaltenden Wanderungsverluste in die alten Bundesländer zu erwarten, insbesondere da vor allem Angehörige sehr junger Alterskohorten mit guten Erwerbchancen ihren Wohn- und Arbeitsort in den Westen Deutschlands verlagern. Nach Angaben des Statistischen

Bundesamtes handelt es sich hierbei seit Ende 1988 um etwa 250 000 Jugendliche im Alter von 15 bis 25 Jahren¹⁹.

Aus Tabelle 1 ist ein weiteres Charakteristikum ostdeutscher Privathaushalte zu erkennen: die Dominanz von Zweiverdiener-Haushalten – in mehr als 80 Prozent der Haushalte mit Kindern waren beide Elternteile erwerbstätig. Die Verteilung

¹⁹ Vgl. Statistisches Bundesamt, Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern (Anmerkung 13), S. 9.

gen für 1992 dagegen weisen bereits auf eine zunehmende Auflösung dieser ostspezifischen Erwerbsbeteiligung hin. Diese Problematik soll im folgenden näher betrachtet werden.

IV. Zur Erwerbssituation ostdeutscher Haushalte

Unter DDR-Bedingungen war praktisch jeder Erwerbspersonen-Haushalt ein Erwerbstätigen-Haushalt und jeder Partner-Haushalt ein Zweiverdiener-Haushalt. Der drastische Rückgang der Erwerbsbeteiligung führte zur raschen Auflösung dieser Muster. Die Erwerbssituation der Haushalte wurde in den vergangenen drei Jahren vor allem dadurch geprägt, daß verstärkt ältere Erwerbspersonen und Frauen aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind bzw. sich in Arbeitslosigkeit befinden. Nach Ergebnissen des erstmals in den neuen Bundesländern durchgeführten Mikrozensus waren bereits im April 1991 ca. 13 Prozent der 6,7 Millionen Haushalte und im Januar 1992 bereits jeder fünfte Haushalt in den neuen Bundesländern von Arbeitslosigkeit betroffen. Dementsprechend sank der Anteil von Haushalten mit zwei und mehr Erwerbstätigen von 41 Prozent im April 1991 auf 36 Prozent im Januar 1992²⁰. Hauptursache für diesen Rückgang ist das überproportionale Sinken der Frauenerwerbsquote. So lag die Erwerbsquote der ostdeutschen Frauen im Alter von über 55 Jahren, die 1989 ca. 74 Prozent betrug, im April 1991 mit 29 Prozent bereits deutlich unter der westdeutscher Frauen gleichen Alters von 40 Prozent²¹. Insgesamt betrug die Frauenerwerbsquote in Ostdeutschland zu diesem Zeitpunkt jedoch noch 73 Prozent, während sie in Westdeutschland bei nur 59 Prozent lag. Die Erwerbsquote der Männer im Alter von über 55 Jahren ist zwar nicht in gleichem Maße, aber auch stark zurückgegangen. Diese Arbeitsmarkttendenzen setzten sich 1992 und auch 1993 in abgeschwächter Form fort²².

Hinsichtlich des Erwerbsstatus haben sich bei den verschiedenen Haushaltstypen seit 1990 bereits sichtbare Veränderungen vollzogen. In allen Haushaltstypen ist der Anteil der Haushalte, in denen alle erwerbsfähigen Personen noch erwerbstätig

sind, zurückgegangen, und der Anteil der Haushalte mit mindestens einem Arbeitslosen bzw. Nichterwerbstätigen hat zugenommen. Allerdings sind die Haushaltstypen in unterschiedlichem Maße von Erwerbs- bzw. Arbeitslosigkeit betroffen (vgl. Tabelle 2).

Zwei Tendenzen werden sichtbar:

Erstens: Die Betroffenheit der Erwerbspersonen von Nichterwerbstätigkeit bzw. Arbeitslosigkeit ist in den Partner-Haushalten ohne Kinder besonders hoch. Wie erwähnt, handelt es sich dabei vor allem um Personen im höheren Lebensalter. Zwar ist der Anteil der Nichterwerbstätigen bei Männern und Frauen in diesem Haushaltstyp nahezu gleich angestiegen. Frauen wurden indessen häufiger arbeitslos als Männer, die vorwiegend die Vorruhestands- bzw. Altersübergangsregelung in Anspruch nahmen und damit aus dem Erwerbsleben ausschieden. In den Partner-Haushalten mit Kindern hingegen sind die Frauen überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen bzw. scheiden aus dem Erwerbsleben aus (Hausfrauen). Besonders prekär ist die Situation in den Alleinerziehenden-Haushalten, da Alleinerziehende auch in Ostdeutschland überwiegend Frauen sind. Schließlich ist seit 1990 eine tendenzielle Zunahme der Nichterwerbstätigen-Haushalte und der Rentner-Haushalte zu beobachten, was sich daraus erklärt, daß ein großer Teil älterer Erwerbspersonen inzwischen die Vorruhestands- bzw. Altersübergangsregelung in Anspruch genommen hat.

Zweitens: In den Partner-Haushalten mit Kindern hat der Anteil arbeitsloser Männer zwar zugenommen, er ist aber vergleichsweise immer noch gering. Der typische ostdeutsche Familienhaushalt wird also in wachsendem Maße von der Erwerbstätigkeit, dem Erwerbseinkommen des Mannes geprägt, während bei den anderen Haushaltstypen Transfereinnahmen ungleich stärker an den Unterhaltsquellen beteiligt sind. In den Partner-Haushalten mit Kindern kommt also die ausgleichende Funktion des Privathaushalts besonders zur Geltung. Reine Arbeitslosen- bzw. Erwerbslosen-Haushalte sind jedoch (noch) selten.

Trotz der stark rückläufigen Erwerbsbeteiligung der Haushaltsmitglieder konnten die meisten ostdeutschen Privathaushalte Einkommenszuwächse verzeichnen. Diese wurden indessen durch die starke Preisentwicklung nur bedingt verbrauchswirksam. Die realen Wohlfahrtsgewinne hängen eher mit der besseren Versorgung mit Waren und Dienstleistungen, nicht mehr begrenzten Reismöglichkeiten sowie größerer Flexibilität und Eigengestaltung in der Haushaltsführung zusam-

20 Vgl. Monika Hin/Hannelore Pöschel, Entwicklung der Erwerbstätigkeit in den neuen Ländern und Berlin-Ost, in: Wirtschaft und Statistik, (1993) 2.

21 Vgl. Statistisches Bundesamt (Anm. 13).

22 Vgl. Institut für Wirtschaftsforschung Halle (Anm. 3).

Tabelle 2: Erwerbssituation der Erwerbspersonen in ostdeutschen Haushalten* (1990–1992)

Erwerbs- personen		1990		1991			1992		
		erw.- tätig	nicht erw.- tätig	erw.- tätig	nicht erw.- tätig	davon arb.- los	erw.- tätig	nicht erw.- tätig	davon arb.- los
in:		in Prozent							
Ein- Personen- HH	insg.	88	12	76	24	30	67	33	49
	männl.	89	11	81	19	34	69	31	62
	weibl.	86	14	70	30	/	64	36	/
Allein- erz. HH	insg.	89	11	82	18	62	72	28	77
	weibl.	88	12	80	20	62	71	29	72
Partner-HH ohne Kinder	insg.	89	11	69	31	39	54	46	42
	männl.	90	11	68	32	39	53	47	35
	weibl.	88	12	69	31	43	54	46	51
Partner-HH mit Kindern	insg.	90	10	84	16	64	78	22	72
	männl.	97	3	92	8	79	88	12	72
	weibl.	84	16	76	24	59	67	33	74

* Elterngeneration: männlich bis 64 Jahre; weiblich bis 59 Jahre.

Anmerkung: Arbeitslose sind Nichterwerbstätige, die beim Arbeitsamt gemeldet sind.

/ = Stichprobenumfang unter 10; HH = Haushalte.

Datenbasis: SOEP-Ost 1990, 1991, 1992.

men. Die Entscheidungsspielräume bei den Geldausgaben haben sich zudem beträchtlich erweitert.

Die spezifischen Ressourcen der ostdeutschen Haushalte (noch vorhandener, aber rückläufiger hoher Grad der Doppelerwerbstätigkeit, eigene Rentenansprüche der Frauen durch lange Erwerbstätigkeit) förderten die ausgleichende Funktion des Haushalts und verhinderten weitgehend eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation in den Haushalten. Besonders günstig ist natürlich die Situation jener Haushalte, in denen alle Erwerbspersonen ihre Erwerbstätigkeit aufrechterhalten konnten²³. Die von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalte dagegen sind benachteiligt, und bei den reinen Arbeitslosen-Haushalten hat sich die wirtschaftliche Situation absolut verschlechtert.

Die Erwerbssituation jener Haushalte, in denen Pendler leben, ist relativ günstig. Es werden besondere Wohlfahrtsgewinne erzielt, weil die Einkommen aus Erwerbstätigkeit vergleichsweise höher als die anderer Haushalte sind. Diese Wohlfahrtsgewinne gehen aber auf Kosten der Freizeit,

da die Pendler in der Regel wesentlich höhere Wegezeiten in Kauf nehmen müssen. Schon 1991 gab es unter den Partner-Haushalten mit Kindern 10 Prozent Haushalte mit mindestens einem Pendler, und dieser Anteil hat sich 1992 auf 11 Prozent erhöht. Der hohe Anteil der Pendler-Haushalte bei diesem Haushaltstyp wird durch eine Lastenverteilung im Haushalt ermöglicht. Es sind vorwiegend die Männer, die eine Arbeit in Westdeutschland oder Westberlin aufgenommen haben. Auch in den Sonstigen Haushalten ist der Anteil der Pendler-Haushalte von fünf Prozent 1991 auf sieben Prozent 1992 angestiegen.

Für die Erwerbssituation der Haushalte spielt auch die Relation von Haupterwerbstätigkeit und Nebenerwerb eine Rolle. Einer Nebenerwerbstätigkeit nachzugehen, war unter DDR-Bedingungen sehr verbreitet, besonders bei Männern. Durch die zusätzliche Einkommensquelle konnte zum einen das Haushaltseinkommen aufgestockt werden, zum anderen wurden auf diese Weise zusätzliche Ressourcen erschlossen (Zugang zu knappen Gütern, Erwerb von DM). Inzwischen sind die Nebenerwerbstätigkeiten drastisch zurückgegangen. Kamen 1990 in 20 Prozent aller Haushalte Nebenerwerbstätigkeiten vor, so 1992 nur noch in 8 Pro-

²³ Vgl. H. Berger/W. Hinrichs/E. Priller/A. Schultz (Anm. 5).

**Tabelle 3: Sorgen um die Sicherheit des Arbeitsplatzes
(Männer über 44 Jahre und Frauen der Elterngeneration; 1990–1992)**

Erwerbstätige in	1990			1991			1992		
	große Sorgen	einige Sorgen	keine Sorgen	große Sorgen	einige Sorgen	keine Sorgen	große Sorgen	einige Sorgen	keine Sorgen
	in Prozent								
HH insgesamt	38	42	19	46	35	19	36	40	24
dar.: Frauen	48	43	17	58	34	16	39	40	21
Männer über 44	39	46	15	55	31	14	43	38	18
Alleinerz.-HH	42	45	13	57	30	13	40	42	18
dar.: Frauen	41	49	10	55	34	11	46	42	12
Partner-HH mit Kindern	37	44	19	43	38	19	34	41	25
dar.: Frauen	40	44	16	48	37	15	36	43	21
Männer über 44	37	49	14	52	36	12	45	38	17

HH = Haushalte.

Datenbasis: SOEP-Ost 1990, 1991, 1992.

zent. Besonders stark ist der Rückgang in den Partner-Haushalten mit Kindern von 31 Prozent (1990) auf 11 Prozent (1992)²⁴.

Der rapide Rückgang der Nebenerwerbstätigkeit hat seine Ursache darin, daß sich die Ostdeutschen unter marktwirtschaftlichen Bedingungen voll auf die Erwerbstätigkeit (Haupterwerb) konzentrieren und auch die Marktchancen für Nebenerwerb geringer geworden sind. Nach unseren Analysen spielt Nebenerwerb heute als Versorgungsstrategie in den Haushalten keine große Rolle mehr.

V. Arbeitsplatzunsicherheit

Der mit dem gesellschaftlichen Umbruch in Ostdeutschland verbundene enorme Beschäftigungsabbau hat bei den ostdeutschen Erwerbstätigen zu berechtigten Befürchtungen geführt, möglicherweise den Arbeitsplatz zu verlieren. Diese Furcht war Ende 1990 besonders groß. Im November 1990 erwarteten etwa 2,2 Millionen Erwerbstätige, daß sie ihren Arbeitsplatz verlieren würden, im November 1991 waren es 1,5 Millionen und im Mai 1992 etwa 1 Million. Der Rückgang ist darauf zurückzuführen, daß sich durch den vollzogenen Arbeitsplatzabbau das Arbeitsplatzrisiko bei den

noch Beschäftigten reduziert hat. Erwartungen, eine neue Arbeit aufnehmen zu können, hegten im November 1992 1,4 Millionen Erwerbstätige. Damit war die Zahl der Erwerbstätigen, die die Aufnahme einer neuen Arbeit erwarteten, erstmals größer als die Zahl jener, die mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes rechneten. Dies wird als Indikator für eine beginnende Stabilisierung der Beschäftigungslage auf niedrigem Niveau angesehen²⁵.

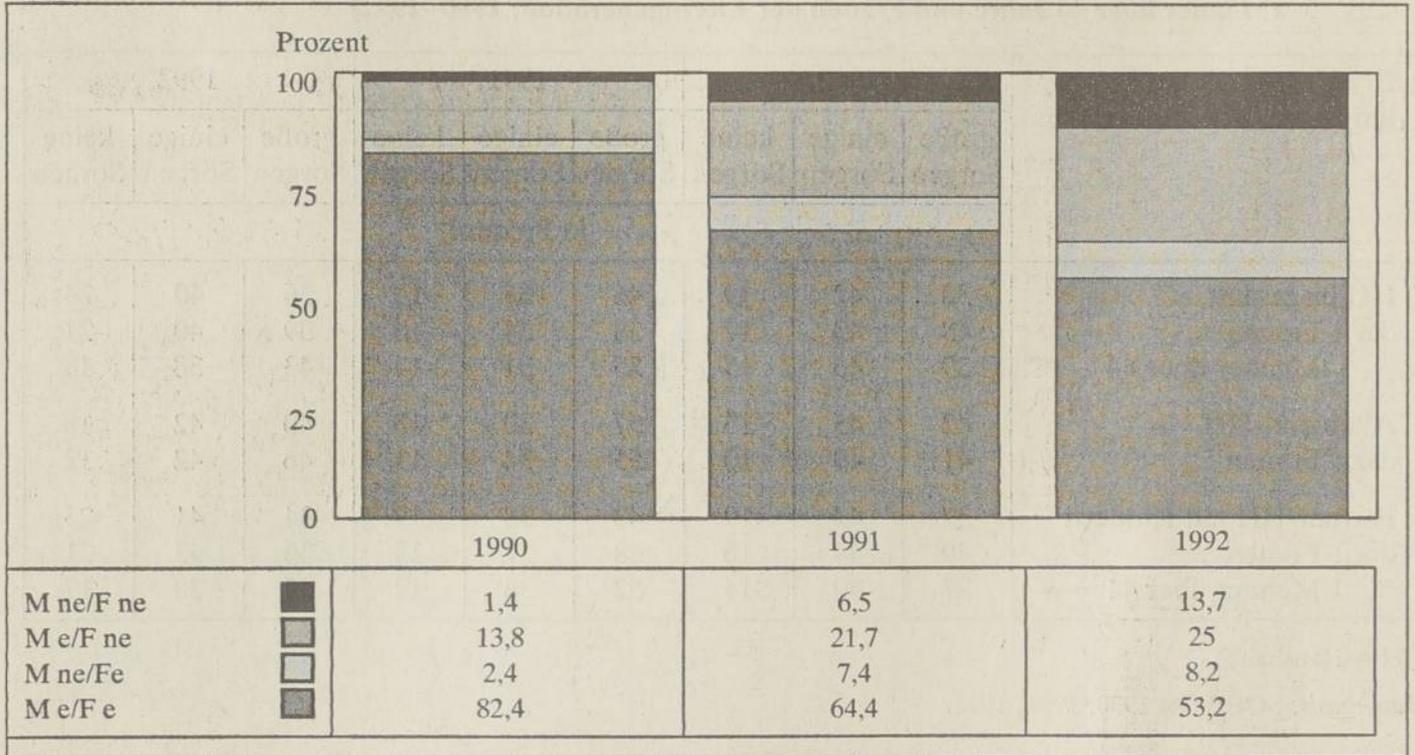
Eine neue Arbeitsstelle zu finden, fällt aber angesichts der prekären Arbeitsmarktlage noch immer schwer. Die Arbeitsmarktchancen sind für ältere Männer und für Frauen besonders schlecht. Da sie davon ausgehen müssen, daß es für sie schwierig bzw. praktisch unmöglich ist, wieder eine gleichwertige Arbeitsstelle zu finden, machen sie sich auch größere Sorgen um ihren Arbeitsplatz.

Zur Beurteilung der Besorgnissymptome haben wir zwei Haushaltstypen ausgewählt, für die die Beteiligung am Erwerbsleben wegen der zu versorgenden Kinder besonders relevant ist: Alleinerziehenden-Haushalte und Partner-Haushalte mit Kindern (vgl. Tabelle 3). Bei der Analyse dieser Tabelle ist zu beachten, daß es sich hier um Personendaten handelt. Zwar ist der Anteil der Personen, die sich große Sorgen um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes machen, von 1991 bis 1992 leicht zurückgegangen, aber der Anteil jener, die sich keine Sorgen machen, war auch 1992 gering.

²⁴ Vgl. ebd.

²⁵ Vgl. Infratest Sozialforschung (Anm. 8).

Abbildung 3: Erwerbskonstellation in Partnerhaushalten (1990–1992; in Prozent)



Anmerkungen: M e = Mann erwerbstätig, F e = Frau erwerbstätig
 M ne = Mann nicht erwerbstätig oder arbeitslos, F ne = Frau nicht erwerbstätig oder arbeitslos

Datenbasis: SOEP-Ost 1990–1992

Daß die Arbeitsplatzunsicherheit in Ostdeutschland nach wie vor groß ist, bestätigen auch die Ergebnisse des Arbeitsmarktmonitors²⁶. Jeder fünfte Erwerbstätige äußerte die Befürchtung, in nächster Zeit seine Arbeit zu verlieren. Die meisten erwarten aber, daß sie anderweitig Arbeit finden werden bzw. sich selbständig machen können, nur wenige wollen völlig aus dem Erwerbsleben aussteigen.

VI. Auswirkungen des Erwerbsstatus auf die Befindlichkeit der Haushaltsmitglieder

Vielfach wird von der aktuellen Erwerbssituation unvermittelt auf die Befindlichkeit der Menschen geschlossen. Dies ist bei reinen Querschnittstudien durchaus problematisch, weil damit kausal-analytisch unzureichende Untersuchungsergebnisse produziert werden²⁷. Z. B. wird ein erst seit

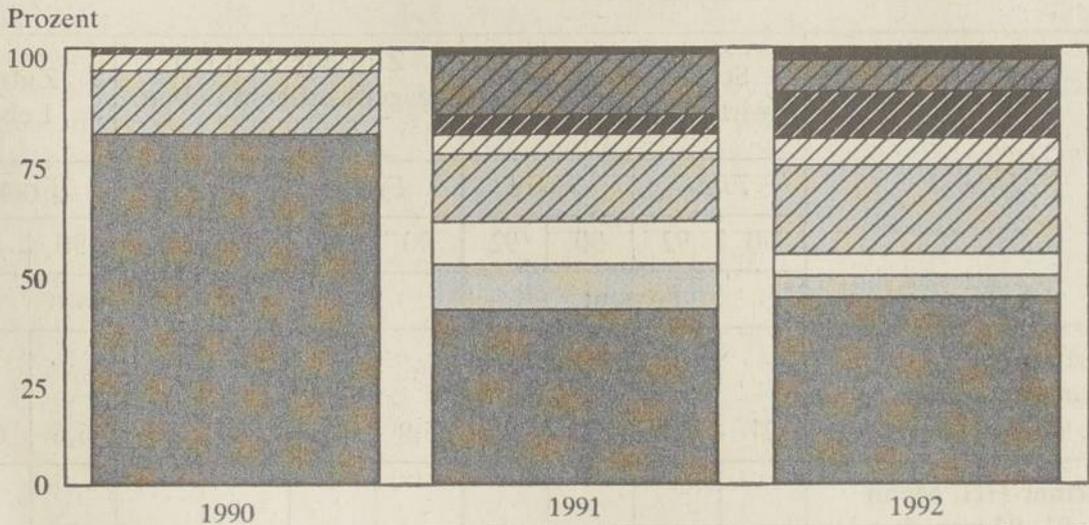
einem Monat Arbeitsloser in der Analyse dann nämlich ebenso behandelt wie ein bereits seit einem Jahr Arbeitsloser. Demgegenüber läßt sich mit Längsschnittuntersuchungen, welche auch die Dauer der Arbeitslosigkeit berücksichtigen, zeigen, daß zwischen den Dimensionen des Erwerbsstatus und der Befindlichkeit tatsächlich wechselseitige Beziehungen bestehen. Um der Dynamik bei der Veränderung des jeweiligen Erwerbsstatus in der Zeit zwischen 1990 und 1992 gerecht zu werden, wählen wir daher die Längsschnittbetrachtung. Auf diese Weise können wir uns die Veränderungen des Erwerbsverlaufs im Haushaltskontext und deren Einfluß auf die Befindlichkeit näher anschauen. Wir konzentrieren uns dabei aus zwei Gründen auf die Veränderungen der Erwerbskonstellation in Partner-Haushalten: Erstens sind Partner-Haushalte noch immer der dominierende Haushaltstyp; zweitens kann hier die kompensatorische Rolle des Haushalts besonders gut nachgewiesen werden.

Wie aus Abbildung 3 hervorgeht, sank der Anteil der Zweiverdiener-Haushalte von 82,4 Prozent im Jahre 1990 auf 53,2 Prozent im Jahre 1992, und der Anteil der Alleinverdiener-Haushalte ist von 16,2 Prozent auf 33,2 Prozent gestiegen. Positiv ist zu vermerken, daß in der überwiegenden Zahl der

26 Vgl. Infratest Sozialforschung (Anm. 8).

27 Vgl. Hans Benninghaus, Sozialwissenschaftliche Längsschnittuntersuchungen: Muß oder Mode?, in: Reinhard Wittenberg (Hrsg.), Person – Situation – Institution – Kultur, Berlin 1991.

Abbildung 4: Erwerbskonstellation in Partnerhaushalten (1990–1992; in Prozent)



	1990	1991	1992
mind. 1 Rent. i. HH	0	1,5	3
Sonstige	0	13,4	7,6
M ne/F ne	1,4	4,9	10,7
M ne/F e	2,4	4,3	6,5
M e/F ne	13,8	16	20,6
M APM/F e	0	9,1	4,6
M e/F APM	0	10,3	5,3
M e/F e	82,4	40,5	41,6

Anmerkungen: M e = Mann erwerbstätig, M ne = Mann nicht erwerbstätig oder arbeitslos
M APM = Mann beschäftigt in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen
F e = Frau erwerbstätig, F ne = Frau nicht erwerbstätig oder arbeitslos
F APM = Frau beschäftigt in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen

Datenbasis: SOEP-Ost 1990–1992.

Partner-Haushalte (92 Prozent) mindestens ein Partner seine Erwerbstätigkeit aufrechterhalten konnte. In der Regel waren das die Männer. Unterscheiden wir den Erwerbsstatus differenzierter, so zeigt sich indessen, daß nur noch in ca. 40 Prozent der Paar-Haushalte beide Partner eine reguläre Beschäftigung ausüben (vgl. Abbildung 4).

Ausgehend von diesen Daten wollen wir für Erwerbspersonen in Partner-Haushalten, in welchen die Frau von 1990 bis 1992 bzw. von 1991 und 1992 nicht mehr erwerbstätig war, die Auswirkungen von Erwerbslosigkeit auf einige subjektive Wohlfahrtsindikatoren im Vergleich zu den Personen in Zweiverdiener-Haushalten (also Haushalten, in welchen sowohl der Mann als auch die Frau in diesem Zeitraum erwerbstätig waren) betrachten (Tabelle 4). Sorgen und (Un-)Zufriedenheit sind wichtige Indikatoren, die das subjektive Wohlbefinden der Menschen widerspiegeln. In den Partner-Haushalten, in denen die Elterngeneration in allen

drei Jahren erwerbstätig war, wurden nicht nur größere Wohlfahrtsgewinne erzielt als in den Haushalten, die von Arbeitslosigkeit bzw. anderen Formen der Nichterwerbstätigkeit betroffen waren, sondern es sind auch ein größeres Maß an Zufriedenheit (höhere Durchschnittswerte) und ein prozentual geringerer Anteil von Personen mit großen Sorgen um die eigene wirtschaftliche Lage anzutreffen (vgl. Tabelle 4, Zeile 1). Natürlich sind Sorgen, zumal um die Entwicklung der Arbeitslosigkeit, ernster zu nehmen als Unzufriedenheiten mit bestimmten Dingen des Lebens. Aus Tabelle 4 geht hervor, daß der jeweilige Erwerbsstatus (erwerbstätig oder nichterwerbstätig) entscheidend verschiedene Komponenten des subjektiven Wohlbefindens beeinflusst. Insbesondere bei Frauen, die zwar 1990 noch Arbeit hatten, aber 1991 und 1992 aus der Erwerbstätigkeit ausgeschieden sind (vgl. Tabelle 4, Zeile 3), sanken die Zufriedenheitswerte sowohl im Vergleich zu den Zweiverdiener-Haushalten als auch im Zeitvergleich. Es handelt sich hier vorwiegend um ältere Frauen, deren

Tabelle 4: Ausgewählte subjektive Indikatoren in Partner-Haushalten mit unterschiedlichem Erwerbsstatus der Elterngeneration

	Sorgen um eigene wirtschaftliche Lage ¹				Zufriedenheit mit gegenwärtigem Leben insgesamt ²				Zufriedenheit mit Lebensstandard ³			
	Frau		Mann		Frau		Mann		Frau		Mann	
	90	92	90	92	90	92	90	92	90	92	90	92
	Prozent				Mittelwert							
Partner-HH, Elterngeneration 90, 91, 92 erwerbst.	27	21	22	25	6,8	6,5	6,8	6,5	6,6	6,3	6,4	6,3
Partner-HH, Mann 90, 91, 92 erwerbst./ Frau 90, 91, 92 nicht erwerbstätig	43	43	33	34	6,5	5,8	6,2	5,6	6,2	5,9	5,9	6,0
Partner-HH, Mann 90, 91, 92 erwerbst./ Frau 91, 92 nicht erwerbstätig	43	46	26	30	5,8	5,2	6,6	6,1	6,5	5,5	7,0	5,7

Anmerkungen:

1 Nur Anteil an „großen Sorgen“.

2 + 3 Bewertung auf einer Skala von 0 „ganz und gar unzufrieden“ bis 10 „ganz und gar zufrieden“.

HH = Haushalte.

Datenbasis: SOEP-Ost 1990, 1991, 1992.

Erwerbschancen besonders schlecht bzw. aussichtslos sind. Die beschriebene Tendenz läßt sich ebenso in der anderen Gruppe von betroffenen Haushalten erkennen (vgl. Tabelle 4, Zeile 2). Hier prägen jüngere Frauen mit Kleinkindern, denen ein Wiedereinstieg ins Erwerbsleben nicht oder noch nicht wieder gelang, die Wertungen.

Besonders deutlich wird der Zusammenhang zwischen Erwerbsstatus und subjektivem Wohlbefinden, wenn man den Anteil der Personen in den jeweiligen Haushalten betrachtet, welche sich sehr große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Lage machen. Die direkt betroffenen Frauen sind hier wiederum besonders sensibilisiert.

Aber auch die in den betroffenen Haushalten lebenden Männer reflektieren diese Situation in ihren subjektiven Bewertungen: Die Sorgen um die eigene wirtschaftliche Lage haben im Vergleich zu Zweiverdiener-Haushalten und im Zeitverlauf zugenommen; die Zufriedenheitswerte sind ge-

sunken. Auch aus anderen Untersuchungen ist bekannt, daß sich im Haushaltskontext eine wechselseitige Beeinflussung subjektiver Wohlfahrtskomponenten auch bei unverändertem eigenem Erwerbsstatus identifizieren läßt²⁸.

Abschließend kann festgehalten werden, daß die aus Arbeitslosigkeit bzw. Erwerbslosigkeit erwachsenden Beeinträchtigungen nachhaltig die soziale Lage und damit auch die Befindlichkeit der jeweils Betroffenen und der Haushaltsmitglieder beeinflussen. Durch eine Reihe von sozialstaatlichen Übergangsregelungen, wie umfangreiche Transfers, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, aber im besonderen Maße auch durch die spezifisch ostdeutschen Haushaltsressourcen (Dominanz des Zweiverdiener-Haushaltes bzw. die

28 Vgl. Detlef Landua/Wolfgang Zapf, Folgen von Arbeitslosigkeit für die Wohlfahrt von Individuen und Haushalten, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung, Paper P 89-102, Berlin, S. 21 ff.

eigenen Renten- bzw. Leistungsansprüche vieler Frauen, welche ab 1990 zunehmend verschwinden) konnten soziale Härten bisher weitgehend vermieden bzw. abgedeckt werden. Gleichwohl bleibt auch im vierten Jahr nach der Vereinigung das Problem bestehen, daß ein großer Teil der ostdeutschen Haushalte am Massenkonsum beteiligt ist, ohne hinreichend an der wertschöpfenden

Arbeit teilhaben zu können. Die Schaffung regulärer Arbeitsplätze und der Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung ist daher ein Gebot volkswirtschaftlicher Vernunft und liegt zugleich im Interesse der privaten Haushalte. Nur so läßt sich eine drastische Zunahme sozialer Ungleichheit mit allen ihren Negativerscheinungen verhindern.

Zu den psycho-sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern

I. Hintergrund

1. Ausgangslage und Perspektiven am Arbeitsmarkt

In Ostdeutschland ist die Beschäftigung seit der Wende im Herbst 1989 von über 9,5 auf 1994 rund 6 Millionen Personen zurückgegangen. Vor allem arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, aber auch Abwanderung und Westpendler haben bewirkt, daß die Zahl der registrierten Arbeitslosen (1993: 1,15 Mio.) nicht noch weitaus stärker angestiegen ist. Durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), Kurzarbeit (Vollzeitäquivalente), Vollzeitmaßnahmen zur Fortbildung und Umschulung (FuU) und – quantitativ im Vordergrund stehend – durch Vorruhestand und Altersübergangsgeld wurden im Jahre 1993 in Ostdeutschland zusammengerechnet 1,6 Millionen Arbeitslose vermieden, im Vorjahr waren es noch fast 2 Millionen (vgl. Abbildung 1). Nach dem von der Bundesregierung in Kraft gesetzten Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit (BA) dürfte sich der Entlastungseffekt im Jahre 1994 weiter reduzieren (auf 1,35 Millionen)¹. Bei einer Arbeitslosenquote von 16 Prozent errechnete sich zum Jahresende 1993 für Ostdeutschland insgesamt ein Defizit an regulärer, nicht AFG-gestützter Beschäftigung (AFG: Arbeitsförderungsgesetz) von 33 Prozent².

Noch ist die Transformationskrise in Ostdeutschland nicht gemeistert. Kurzfristig wird im Verlaufe des Jahres 1994 lediglich mit einer weiteren Stabilisierung der Beschäftigung gerechnet³. Auch auf längere Sicht wird nur ein langsamer Wiederanstieg der Beschäftigung möglich sein. In mittel- bis langfristiger Perspektive läßt der Deutschland-

Report der Prognos AG vom April 1993 für das Jahr 2000⁴ trotz erwarteter durchschnittlicher Wachstumsraten 1991/2000 für das reale Bruttoinlandsprodukt in West- bzw. Ostdeutschland von 2,0 bzw. 9,2 Prozent keinen nachhaltigen Rückgang der Arbeitslosigkeit erkennen. In beiden Teilen wird im Jahre 2000 mit weniger Erwerbstätigen als 1991 gerechnet. Nach dieser Modellrechnung erreicht die Arbeitslosigkeit in Gesamtdeutschland dann noch 3,3 Millionen, neben einer Stillen Reserve von 2,6 Millionen, sofern nicht beschäftigungswirksamere Wachstumsstrategien entwickelt werden.

2. Verfestigung und Strukturalisierung der Arbeitslosigkeit auch im Osten

Wie in den alten Bundesländern führt langanhaltende Unterbeschäftigung zeitverzögert zu Langzeitarbeitslosigkeit im weiteren Sinn unter Einschluß wiederholter Arbeitslosigkeit (auch „perforierte Langzeitarbeitslosigkeit“ genannt)⁵. Solange das globale Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt besteht, werden Selektionsprozesse am Arbeitsmarkt zu Lasten bestimmter Gruppen weitergehen – in Ost wie West. Ausschlaggebend ist dabei weniger das Risiko (vorrangig) entlassen zu werden; zu Buche schlagen vor allem schlechtere Chancen bei der beruflichen Eingliederung bzw. Wiedereingliederung.

Dies zeigte sich bereits bei der ersten Strukturanalyse von registrierten Arbeitslosen in den neuen Bundesländern vom September 1992⁶. Damals suchte jeder vierte der 1,1 Millionen Arbeitslosen

1 Vgl. Autorengemeinschaft (Ltg. Hans-Peter Leikeb), Der Arbeitsmarkt 1993 und 1994 in der Bundesrepublik Deutschland, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB), 26 (1993) 4; siehe auch den Beitrag von Horst Berger/Annett Schultz in diesem Heft.

2 Vgl. Hans-Uwe Bach/Thomas Jung-Hammon/Manfred Otto, Aktuelle Daten vom Arbeitsmarkt, IAB-Werkstattbericht Nr. 1.1 vom 15. 1. 1994 (wird laufend aktualisiert).

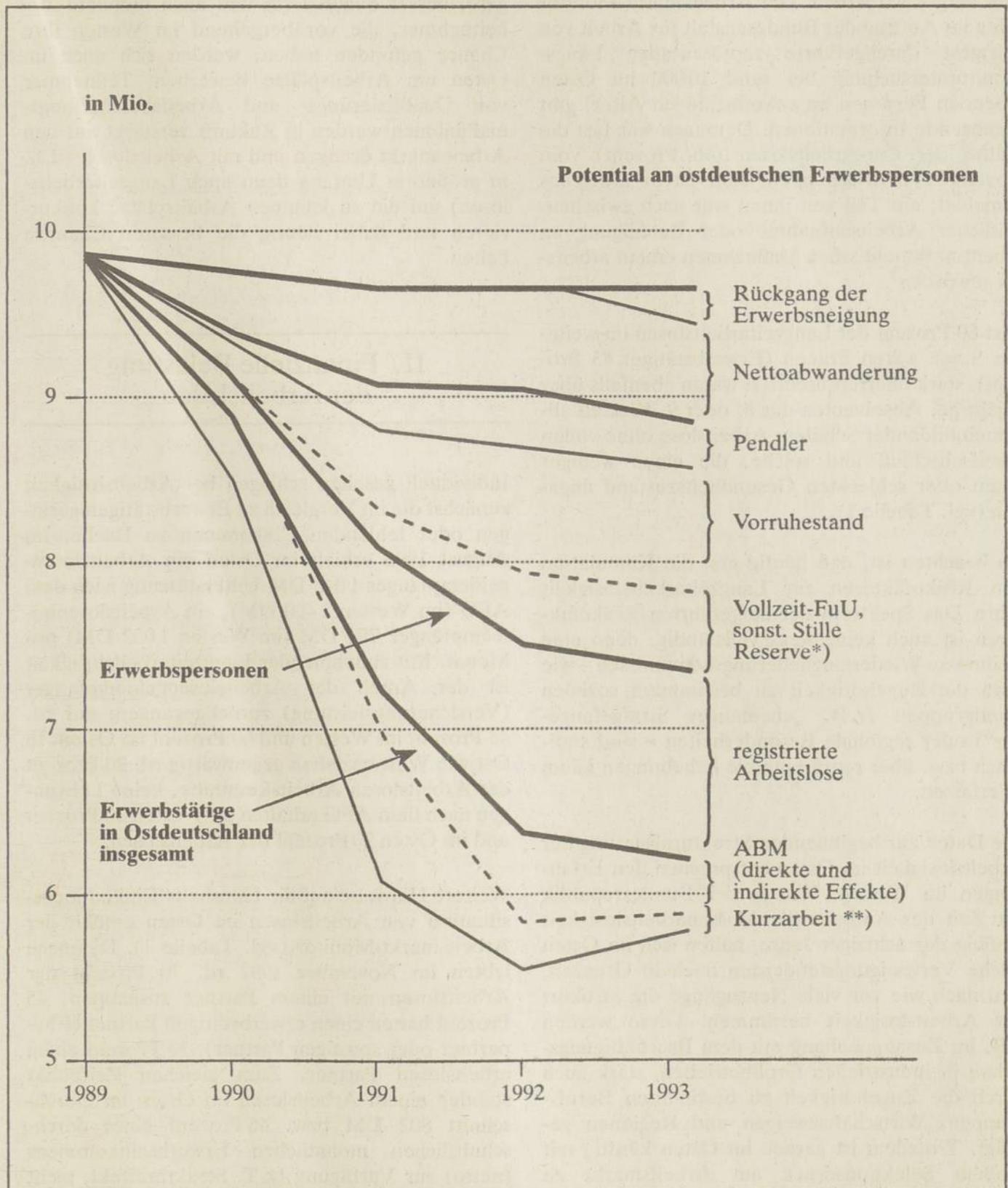
3 Vgl. Autorengemeinschaft (Anm. 1).

4 Vgl. Christoph von Rothkirch, Langfristige Perspektiven der Arbeitsmarktentwicklung bis 2010, in: Sozialer Fortschritt, 42 (1993) 8, S. 178; Wolfgang Klauder, Droht hohe Dauerarbeitslosigkeit? Mittelfristige Perspektiven für den deutschen Arbeitsmarkt, in: Herder-Korrespondenz, 47 (1993) 9, S. 467.

5 Vgl. Felix Büchel, Die Qualität der Wiederbeschäftigung nach ununterbrochener und nach „perforierter“ Langzeitarbeitslosigkeit, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (BeitrAB) 162, Nürnberg 1992.

6 Vgl. Bestand an Arbeitslosen in den neuen Bundesländern nach ausgewählten Strukturmerkmalen Ende September 1992, in: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA), 41 (1993) 7, S. 1363.

Abbildung 1: Arbeitsmarktbilanz für Ostdeutschland 1989 bis 1993 (Jahresdurchschnittsbestände)



*) Die „Stille Reserve im engeren Sinne“ umfaßt Personen, die
 a) Arbeit suchen, ohne bei den Arbeitsbehörden arbeitslos gemeldet zu sein („aktive Stille Reserve“),
 b) entmutigt, aber nur vorübergehend bis zu einer Besserung der Arbeitsmarktlage die Stellensuche aufgegeben haben („passive Stille Reserve“).

***) Arbeitsausfall umgerechnet in Personen.

FuU = Fortbildung und Umschulung
 ABM = Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Quelle: IAB-Werkstattbericht Nr. 19 vom 12. 10. 1993.

(270 000 Personen) ununterbrochen länger als ein Jahr vergeblich Arbeit. Der Arbeitsmarkt-Monitor (eine im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeit von Infratest durchgeführte repräsentative Längsschnittuntersuchung bei rund 10 000 im Osten lebenden Personen im erwerbsfähigen Alter) gibt ergänzende Informationen. Demnach war fast die Hälfte der Ost-Arbeitslosen (46 Prozent) vom November 1992 schon ein Jahr zuvor arbeitslos gemeldet; ein Teil von ihnen war nach zwischenzeitlicher Arbeitsaufnahme oder Beteiligung an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen erneut arbeitslos geworden⁷.

Fast 80 Prozent der Langzeitarbeitslosen im weiteren Sinne waren Frauen (Erwerbstätige: 43 Prozent), stark überrepräsentiert waren ebenfalls über 45jährige, Absolventen der 8. oder 9. Klassen allgemeinbildender Schulen, Arbeitslose ohne vollen Berufsabschluß und solche, die einen weniger guten oder schlechten Gesundheitszustand angaben (vgl. Tabelle 1).

Zu beachten ist, daß häufig erst die Kumulation von Risikofaktoren zur Langzeitarbeitslosigkeit führt. Das Spektrum der aufgeführten Risikofaktoren ist auch keineswegs vollständig, denn eine Reihe von Wiedereingliederungshemmnissen – wie etwa die Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Randgruppen (z.B. „ehemaliger Strafgefangener“) oder regionale Besonderheiten – sind statistisch bzw. über repräsentative Erhebungen kaum zu erfassen.

Die Daten zur beginnenden Strukturalisierung der Arbeitslosigkeit im Osten entsprechen den Erfahrungen im Westen: Wie in der Bundesrepublik zur Zeit des Aufbaus der Massenarbeitslosigkeit Anfang der achtziger Jahre, halten sich im Osten solche Verfestigungstendenzen noch in Grenzen, weil nach wie vor viele Neuzugänge die Struktur der Arbeitslosigkeit bestimmen. Diese werden z.B. im Zusammenhang mit dem Beschäftigungsabbau in industriellen Großbetrieben, stark auch durch die Zugehörigkeit zu bestimmten Berufsgruppen, Wirtschaftszweigen und Regionen geprägt. Trotzdem ist gerade im Osten künftig mit großem Selektionsdruck am Arbeitsmarkt zu rechnen: Der Effekt der (Ende 1992 für Neufälle ausgelaufenen) Altersübergangsgeld-Regelung, damit auch der Schutz von über 55jährigen vor

Langzeitarbeitslosigkeit, reduziert sich; viele jüngere, besser qualifizierte und auch mobilere Arbeitnehmer, die vorübergehend im Westen ihre Chance gefunden haben, werden sich auch im Osten um Arbeitsplätze bewerben; Teilnehmer von Qualifizierungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden in Zukunft verstärkt auf den Arbeitsmarkt drängen und mit Arbeitslosen (d.h. in größerem Umfang dann auch Langzeitarbeitslosen) um die zu knappen Arbeitsplätze konkurrieren und dabei häufig die besseren Chancen haben.

II. Finanzielle Belastung der Arbeitslosen

Individuell gesehen schlagen bei Arbeitslosigkeit zunächst die im Vergleich zu Erwerbstätigen geringen oder fehlenden Einkommen zu Buche. Im August 1993 erhielt im Osten ein Arbeitslosengeldempfänger 1 045 DM Unterstützung nach dem AFG (im Westen 1 400 DM), ein Arbeitslosenhilfeempfänger 784 DM (im Westen 1 032 DM) pro Monat. Mit zunehmender Langzeitarbeitslosigkeit ist der Anteil der Arbeitslosengeldempfänger (Versicherungsleistung) zurückgegangen: auf rd. 45 Prozent im Westen und 60 Prozent im Osten. In Ost wie West beziehen gegenwärtig rd. 20 Prozent der Arbeitslosen Arbeitslosenhilfe, keine Leistungen nach dem AFG erhalten im Westen 30 Prozent und im Osten 20 Prozent der Arbeitslosen.

Weitere Hinweise auf die Haushalts-Einkommenssituation von Arbeitslosen im Osten enthält der Arbeitsmarkt-Monitor (vgl. Tabelle 1). Demnach lebten im November 1992 rd. 70 Prozent der Arbeitslosen mit einem Partner zusammen, 45 Prozent hatten einen erwerbstätigen Partner (Ehepartner oder sonstigen Partner), 13 Prozent einen arbeitslosen Partner. Zum gleichen Zeitpunkt standen einem Arbeitslosen im Osten im Durchschnitt 802 DM bzw. 46 Prozent eines durchschnittlichen monatlichen Erwerbseinkommens (netto) zur Verfügung (z.T. Struktureffekt, nicht alle Arbeitslosen erhalten Leistungen nach dem AFG, nicht alle Einkommensbestandteile werden bei der Leistungsberechnung angerechnet). Berücksichtigt man das gesamte Haushaltseinkommen, steigt dieser Anteil auf 65 Prozent des Haushaltseinkommens eines Erwerbstätigen (das sind 1 953 DM verglichen mit 3 004 DM eines Erwerbstätigenhaushaltes; monatlich netto); je Haushalts-

7 Vgl. Infratest Sozialforschung, Arbeitsmarkt-Monitor, Schnellbericht mit Daten für November 1992, München 1993, S. 41. Weitere Ergebnisse aus dem Arbeitsmarkt-Monitor wurden in den Beiträgen zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (BeitrAB 148.1–148.4) veröffentlicht.

Tabelle 1: Strukturmerkmale und Einschätzungen von ostdeutschen Arbeitslosen und Erwerbstätigen laut Arbeitsmarkt-Monitor vom November 1992 (in Prozent)

	Arbeitslose	darunter: Langzeit- arbeitslose*	Erwerbstätige
Insgesamt	100 Prozent (n = 842)	100 Prozent (n = 141)	100 Prozent (n = 6 170)
Frauen	69	78	43
45 Jahre oder älter	40	56	29
Subjektiver Gesundheitszustand weniger gut oder schlecht	16	26	7
Schulabschluß			
8. oder 9. Klasse	43	64	23
Abitur	10	4	24
Höchster beruflicher Abschluß			
Kein Abschluß oder Teilfacharbeiter	20	27	10
Fachhoch-/Hochschulabschluß	6	3	13
Mit Partner zusammenlebend	70	77	76
darunter Partner berufstätig	45	49	55
Partner arbeitslos	13	14	8
Kinder unter 16 Jahre im Haushalt	39	27	45
Durchschnittliche Haushaltsgröße (in Personen)	2,8	2,8	3,0
Persönliches monatliches Nettoeinkommen (in DM)	802	662	1734
Haushaltseinkommen monatlich netto (in DM)	1953	1927	3004
Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage heute			
sehr gut	1	0	2
gut	18	20	69
weniger gut	55	45	26
schlecht	27	34	3
Eigene wirtschaftliche Lage im Vergleich zu Nov. 1991			
besser	4	6	27
gleich	44	52	62
schlechter	52	42	11
Einschätzung der eigenen beruflichen Zukunft			
1 sehr optimistisch	3	1	6
2	3	3	16
3	8	3	24
4 teils - teils	39	38	36
5	14	15	8
6	9	11	4
7 sehr pessimistisch	18	23	4
trifft nicht zu/keine Antwort	6	8	2

* Arbeitslose vom November 1992, die bereits im November 1991 und auch im Mai/Juni 1992 arbeitslos gemeldet waren. Abweichend von der amtlichen Statistik sind - erhebungstechnisch bedingt - kleinere Unterbrechungen der Arbeitslosigkeit innerhalb des letzten Jahres möglich. Verringerte Fallzahl wegen Einschränkung auf Fälle, die bereits im Vorjahr im Panel vertreten waren.

Quelle: Eigene Darstellung.

angehörigen betrug der entsprechende Anteil 70 Prozent⁸.

Berechnungen für den Westen ergeben bei der Relation der Haushaltseinkommen einen niedrigeren Wert (Größenordnung 50 Prozent)⁹. Dies ist auf Strukturunterschiede bei den Arbeitslosen in Ost- und Westdeutschland zurückzuführen (Qualifikationsstruktur, weitere Einkommensquellen im Haushalt, Leistungsansprüche der Arbeitslosen selbst).

Vor allem wegen des höheren Anteils von Nicht-Leistungsempfängern und von Arbeitslosenhilfeempfängern steht einem Langzeitarbeitslosen im Schnitt weniger zur Verfügung – im Osten waren es im November 1992 662 DM monatlich, das sind 82 Prozent des Arbeitslosendurchschnitts bzw. 38 Prozent der Erwerbseinkommen. 34 Prozent der Langzeitarbeitslosen stufen ihre eigene wirtschaftliche Lage als „schlecht“ ein, bei Arbeitslosen insgesamt sind es 27 Prozent, bei Erwerbstätigen 3 Prozent.

Auf Haushaltsbasis verwischen sich im Durchschnitt allerdings die Einkommensunterschiede zwischen Langzeitarbeitslosen und den übrigen Arbeitslosen, d.h. weitere Einkommensbestandteile im Haushalt (Arbeit, Unterhaltsgeld bei Qualifizierung, Rente etc.) führen dazu, daß Haushalte von Langzeitarbeitslosen in den neuen Bundesländern 63 Prozent der Haushaltseinkommen von Erwerbstätigen zur Verfügung haben.

Mit wieder zunehmender Zahl der Langzeitarbeitslosen im Westen wie im Osten der Bundesrepublik werden für Betroffene finanzielle Probleme zunehmen, vor allem, wenn – wie ab 1994 vorgesehen – Ansprüche auf Lohnersatzleistungen nach dem AFG eingeschränkt werden. Im Westen waren 1989 rd. 17 Prozent aller registrierten Arbeitslosen ganz oder teilweise auf Sozialhilfe

8 Im Osten leben laut Arbeitsmarkt-Monitor in einem Arbeitslosenhaushalt durchschnittlich 2,8 Personen, in einem Erwerbstätigenhaushalt 3,0 Personen. Je Haushaltsangehörigen stehen in einem Arbeitslosenhaushalt damit knapp 70 Prozent des Pro-Kopf-Einkommens in Erwerbstätigenhaushalten zur Verfügung. Zur Veränderung der relativen Einkommensposition von Personen in von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalten der neuen Bundesländer (berechnet mit Daten des Sozio-ökonomischen Panels 1990–1992) vgl. auch DIW-Wochenbericht Nr. 6/93 vom 11. Februar 1993; s. a. den Beitrag von H. Berger/A. Schultz in diesem Heft.

9 Im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ermittelt das DIW in etwas anderer Abgrenzung das verfügbare Einkommen von Arbeitslosenhaushalten und Haushalten weiterer sozialer Gruppen, wegen der sehr unterschiedlichen Haushaltsgrößen auch je Haushaltsangehörigen. Vgl. DIW-Wochenbericht Nr. 38 vom 22. September 1988.

angewiesen¹⁰, im Osten sind es – bei steigender Tendenz – noch deutlich weniger (Größenordnung 5 Prozent)¹¹.

Was finanzielle Einschränkungen für Arbeitslose bzw. Langzeitarbeitslose konkret bedeuten, ist für die alten Bundesländer aus einer Reihe von repräsentativen Arbeitslosenbefragungen bekannt. Ende der achtziger Jahre gaben 74 Prozent der Arbeitslosen an, ihre persönlichen Ausgaben eingeschränkt zu haben, 47 Prozent hatten vorgesehene Anschaffungen zurückgestellt, 37 Prozent Ersparnisse ganz oder teilweise verbraucht, 17 Prozent Schulden gemacht bzw. Kredite aufgenommen, 15 Prozent waren mit Ratenzahlungen und 12 Prozent mit Versicherungszahlungen nicht mehr zurechtgekommen, 10 Prozent konnten Sparverträge nicht mehr bezahlen, 9 Prozent gaben an, mit der Miete in Verzug gekommen zu sein. In einer Größenordnung ähnlich wie Ende der siebziger Jahre beurteilten 40 Prozent der Arbeitslosen ihre eigene wirtschaftliche Lage als „weniger gut“ und 33 Prozent als „schlecht“¹².

Eine Befragung von knapp 500 nach Quotenvorgaben ausgewählten registrierten Arbeitslosen, die Ende 1992 von Info GmbH in 30 ostdeutschen Arbeitsämtern durchgeführt wurde¹³, läßt erkennen, daß ostdeutsche Arbeitslose in annähernd gleicher Größenordnung wie westdeutsche persönliche Ausgaben einschränken (66 Prozent) und auf Anschaffungen verzichten (52 Prozent). Eine große Rolle spielt hier der Verzicht auf Urlaubsreisen (42 Prozent) und das Problem, auf kulturelle Erlebnisse, Bedürfnisse bzw. Freizeitangebote verzichten zu müssen. Insgesamt geben 77 Prozent der Arbeitslosen Ostdeutschlands finanzielle Einschränkungen der einen oder anderen Art an.

10 Vgl. Christian Brinkmann/Dieter Friedrich/Ludwig Fuchs/Karl-Otto Lindlahr, Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug, Sonderuntersuchung der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände in Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Arbeit im September 1989, in: MittAB, 24 (1991) 1, S. 157ff.

11 Vgl. INFO GmbH, Arbeitslosen-Report Ost. Repräsentative Befragung von Arbeitslosigkeit Betroffener in den neuen Bundesländern, Abschlußbericht, Berlin 1993, S. 88. Ende 1992/Anfang 1993 bezogen demnach 4,3 Prozent der registrierten Arbeitslosen Sozialhilfe; Gisela Erhardt/Toni Hahn/Helmut Körner/Horst Miethe/Gerhard Schön, Verläufe von Arbeitslosigkeit und Wiederbeschäftigung. Erstinformation zu ausgewählten Ergebnissen, Manuskript, Berlin 1993, S. 22. In Berlin (Ost) und Brandenburg betrug der Anteil der Sozialhilfebezieher im Sommer 1993 rd. 6 Prozent.

12 Vgl. Infratest Sozialforschung, Arbeitsvermittlung zwischen Arbeitslosigkeit und Fachkräftemangel, Forschungsbericht Nr. 197 der Reihe Sozialforschung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Bonn 1990; Bernhard von Rosenblatt, Arbeitslose in einer prosperierenden Wirtschaft, in: MittAB, 24 (1991) 1, S. 146.

13 Vgl. Info GmbH (Anm. 11) S. 80ff.

III. Psycho-soziale Betroffenheit

1. Unterschiedliche Verarbeitungsformen

Während die finanziellen Folgen der Arbeitslosigkeit zwar für den einzelnen sehr unterschiedlich sein können, insgesamt aber unverkennbar sind, erscheint ihre subjektive Verarbeitung eher uneinheitlich und ambivalent.

Empirisch ist vor allem belegbar, daß eine „mechanische“ Vorstellung von den Folgen der Arbeitslosigkeit verfehlt ist. Der internationalen Arbeitslosenforschung folgend gibt es eine Reihe von Faktoren, die psychisch *belastend* wirken können:

- reduziertes Einkommen,
- Einschränkungen im Hinblick auf soziale Kontakte und Freizeiterlebnisse,
- verringerte Möglichkeiten, seine Fähigkeiten einzusetzen und zu entwickeln,
- Ansteigen psychisch unangenehmer und bedrohlicher Erfahrungen, z.B. durch wiederholte Ablehnungen von Bewerbungen,
- Zukunftsungewißheit und anderes.

Die persönliche Verarbeitung der Arbeitslosigkeit wird erheblich beeinflusst insbesondere durch

- das Alter und Geschlecht (bzw. „Familienrolle“) der Arbeitslosen,
- den Gesundheitszustand,
- die Dauer der Arbeitslosigkeit,
- das Ausmaß finanzieller Belastungen,
- die „Berufsorientierung“,
- das allgemeine Aktivitätsniveau,
- die „persönliche Verwundbarkeit“ als Ausdruck einer Disposition, mit belastenden Situationen weniger leicht fertig zu werden,
- die Unterstützung durch die unmittelbare soziale Umwelt,
- die soziale Schichtzugehörigkeit und anderes.

Ausgehen ist also von „differentiellen Verarbeitungsformen“ der Arbeitslosigkeit¹⁴; angesichts

14 Ali Wacker, Differentielle Verarbeitungsformen von Arbeitslosigkeit – Anmerkungen zur aktuellen Diskussion in der Arbeitslosenforschung, in: ProKla, 53 (1983) 4, S. 77; André Büssing, Arbeitslosigkeit – Differentielle Folgen aus psychologischer Sicht, in: Arbeit, 2 (1993) 1, S. 5.

partiell entlastender Aspekte wurde auch schon die Frage nach einem möglichen „Ende des Belastungsdiskurses“ aufgeworfen¹⁵.

Erfahrungen aus den alten Bundesländern

Um die psycho-sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit näher zu untersuchen, wurde den Befragten im Rahmen von Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), die schon Mitte der siebziger Jahre und Anfang der achtziger Jahre durchgeführt wurden, u.a. eine Liste mit insgesamt elf Aussagen über persönliche Erfahrungen mit der Arbeitslosigkeit vorgelegt, darunter auch mögliche Entlastungsaspekte (vgl. Abbildung 2). Zusätzlich wurden weitere, nicht unmittelbar in Verbindung mit der Arbeitsuche stehende Aktivitäten erfaßt, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann¹⁶. Den Aussagen westdeutscher Arbeitsloser aus dem Jahre 1980/81 werden in Abbildung 2 Aussagen ostdeutscher Betroffener aus dem Jahre 1992 gegenübergestellt, die weiter unten kommentiert werden.

Sieht man von den Schwierigkeiten, eine neue Stelle zu bekommen, und dem Fehlen von Kontaktchancen, die mit einer Berufstätigkeit verbunden sind, einmal ab, dann zeigt sich, daß die freie Zeit zum größten Problem wird. Durch die Arbeitslosigkeit werden demnach auch in starkem Maße die *sozialen Beziehungen* belastet. *Entlastungen* ergeben sich u.a. aus der Verfügbarkeit von finanziell abgesicherten und sozial akzeptierten Alternativen zur Erwerbstätigkeit, vor allem als Rentner oder Hausfrau. Diese in die Nichterwerbstätigkeit übergewechselten ehemaligen Arbeitslosen verbinden überdurchschnittlich häufig auch positive Aspekte mit der Arbeitslosigkeit. So meinten mehr als 40 Prozent von ihnen, daß sie „endlich mehr Zeit für Sachen hatten, die Spaß machen“. Auch ein Viertel der Langzeitarbeitslosen stimmte dieser Aussage zu, immerhin 12 Prozent von ihnen haben gemerkt, „daß es gar nicht so schlimm ist, arbeitslos zu sein“.

Insgesamt lassen die „Be- und Entlastungsprofile“ bei Arbeitslosen ein starkes Übergewicht bei den Belastungen deutlich erkennen. Zu beachten ist

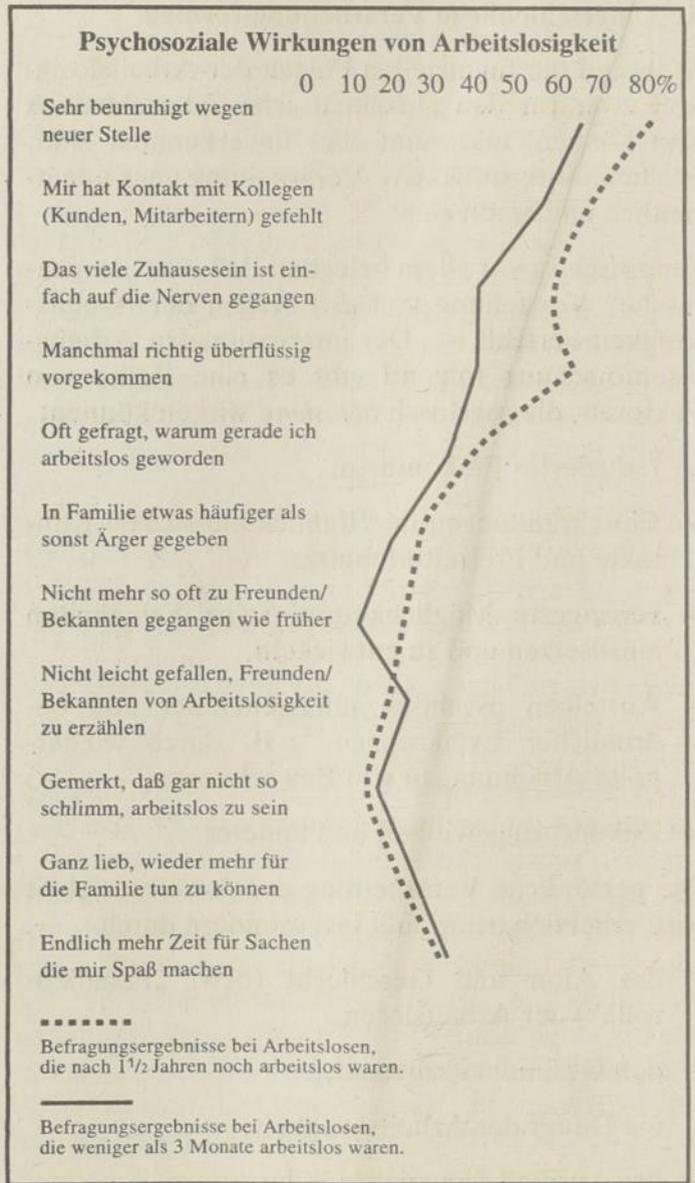
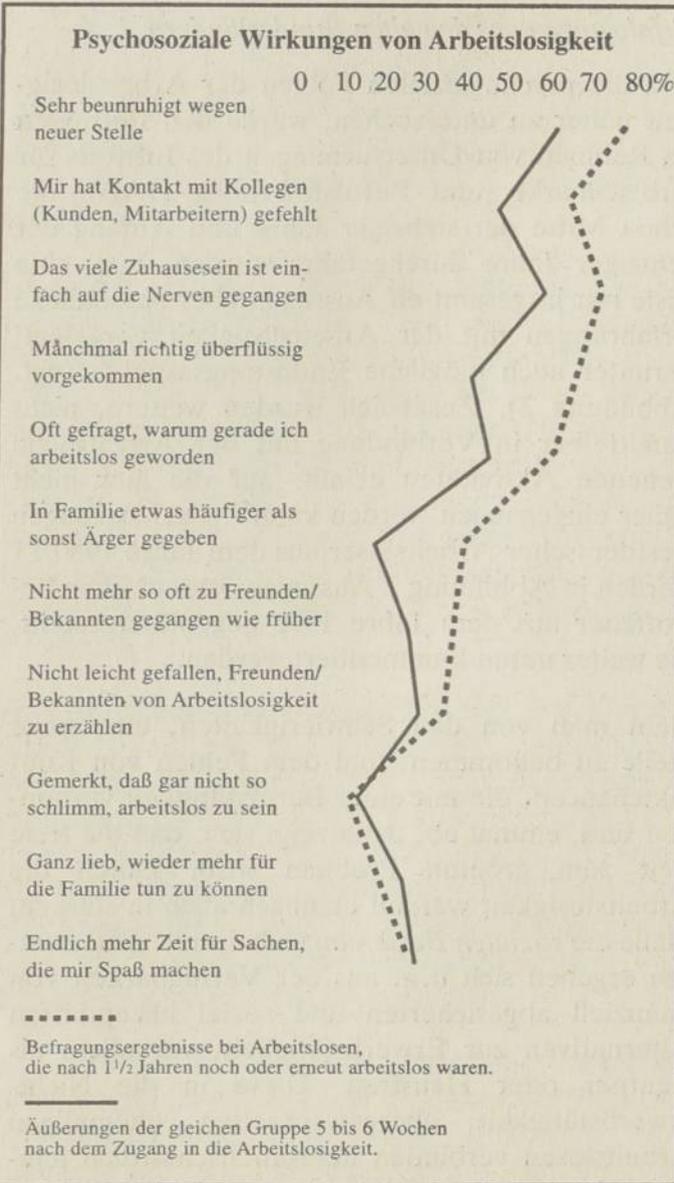
15 Vgl. Wolfgang Bonß/Heiner Keupp/Elmar Koenen, Das Ende des Belastungsdiskurses? Zur subjektiven und gesellschaftlichen Bedeutung von Arbeitslosigkeit, in: Wolfgang Bonß/Rolf G. Heinze, Arbeitslosigkeit in der Arbeitsgesellschaft. Edition Suhrkamp, Neue Folge, Band 212, Frankfurt am Main 1984.

16 Vgl. Christian Brinkmann, Die individuellen Folgen langfristiger Arbeitslosigkeit. Ergebnisse einer repräsentativen Längsschnittuntersuchung, in: MittAB, 17 (1984) 4, S. 454.

Abbildung 2: Aussagen über persönliche Erfahrungen mit der Arbeitslosigkeit ost- und westdeutscher Betroffener in den Jahren 1980/81 und 1992

Arbeitslose Westdeutschland: 1980/81

Arbeitslose Berlin (Ost)/Land Brandenburg: 1992



Quelle: Christian Brinkmann, Die individuellen Folgen langfristiger Arbeitslosigkeit: Ergebnisse einer repräsentativen Längsschnittuntersuchung, in: MittAB, 17 (1984) 4.

Quelle: Gisela Ehrhardt, Bewältigungsformen der neuen Handlungsbedingungen – besonders der Arbeitslosigkeit, in: Brandenburgisches Institut für Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsentwicklung e.V. (biab), Arbeitslosigkeit u. Armut in Ost-Berlin, Tagungsbericht Berlin 1992.

auch, daß Zustimmung zu positiven Aussagen durchaus resignativ erfolgen kann und mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit Belastungen tendenziell zu- und Entlastungen abnehmen. Schließlich existiert in Verbindung mit Arbeitslosigkeit kein vom Positiven bis zum Negativen reichendes Belastungskontinuum. Partielle positive Erfahrungen mit der Arbeitslosigkeit oder eine positive Zeitverwendung schließen Belastungen und erhebliche subjektive Beeinträchtigungen in anderen Dimensionen keineswegs aus.

Für Arbeitslose – auch für Dauerarbeitslose – gibt es durchaus Möglichkeiten zur besseren Verarbei-

tung von Arbeitslosigkeit, zu Aktivitäten auch außerhalb des regulären Arbeitsmarktes. Im einzelnen werden solche Möglichkeiten genutzt. Berücksichtigt man Überschneidungen, haben der IAB-Untersuchung folgend insgesamt 29 Prozent der Langzeitarbeitslosen gelegentlich bei Bekannten geholfen, gegen Bezahlung gearbeitet oder die Möglichkeit zur Mitarbeit in einem Familienbetrieb genutzt, während bei der überwiegenden Mehrheit (71 Prozent) solche Möglichkeiten nicht bestanden oder nicht genutzt wurden.

Eine neuere qualitative Untersuchung in 69 englischen Arbeitslosenhaushalten, die in Anlehnung

an die „klassische“ Marienthal-Studie¹⁷ aus den frühen dreißiger Jahren durchgeführt wurde, unterscheidet in diesem Zusammenhang drei fließend ineinander übergehende Verarbeitungsstile¹⁸:

- die „*Entrepreneurs*“, die sich regelmäßig und in gewissem Maße professionell durch Nebentätigkeiten, meist Schwarzarbeit, durchschlagen;
- die „*Sufferers*“ mit größeren Verfallserscheinungen psychischer und sozialer Art sowie geringen arbeitsbezogenen Eigenaktivitäten;
- die „*Survivors*“ mit aktiver Strukturierung des Tagesablaufs z.T. auch im Hinblick auf klare berufliche Perspektiven und Ziele sowie geringem Leidensdruck trotz des mit Arbeitslosigkeit verbundenen Geldmangels.

Wieweit sich solche Verarbeitungsstile mit bestimmten Phasen der Arbeitslosigkeit und strukturellen Bedingungen in Verbindung bringen lassen und welches Gewicht sie in der Bundesrepublik – Ost wie West – haben, bedarf weiterer Untersuchung.

Ergebnisse aus den neuen Bundesländern

Eine erste repräsentative Arbeitslosenbefragung in den neuen Bundesländern hatte das Deutsche Jugendinstitut, Außenstelle Leipzig, bereits im November 1990 durchgeführt, und zwar bei 800 Arbeitslosen aller Altersgruppen. Abbildung 3 läßt erkennen, daß auch oder gerade für ostdeutsche Arbeitslose finanzielle Aspekte klar und nicht unvermutet im Vordergrund standen. Ansonsten traten bereits ganz ähnliche Problemlagen wie im Westen auf (z. B. familiäre Probleme). Einer weiteren Frage zufolge fühlten sich 31 Prozent der Arbeitslosen „ganz einfach überflüssig“, 25 Prozent „von der Gesellschaft ausgestoßen“, 8 Prozent „von Freunden und Bekannten verlassen“, 34 Prozent „ratlos und entmutigt“, aber auch 21 Prozent „viel freier und ungebundener“ – ein Hinweis auf positive Aspekte, die wie im Westen bei einer Minderheit von Arbeitslosen eine Rolle spielen¹⁹.

17 Vgl. Marie Jahoda/Paul Lazarsfeld/Hans Zeisel, Die Arbeitslosen von Marienthal, Frankfurt am Main 1975 (Neuaufgabe).

18 Vgl. Franz Josef Strittmacher, Langzeitarbeitslosigkeit im Wohlfahrtsstaat. Zu ihren Auswirkungen auf soziale Systeme und den Verarbeitungsstilen der Betroffenen, BeitrAB 157, Nürnberg 1992.

19 Vgl. Gisela Thiele, Arbeitslosigkeit – Probleme und Perspektiven; unveröffentlichtes Manuskript, Leipzig, Dezember 1990, und dies., Arbeitslosigkeit in Deutschland – Anpassung oder Resignation?, in: Leipziger Volkszeitung vom 9. April 1991.

In der Mehrheit sind es in den neuen Bundesländern „jene, die in ‚DDR-Zeiten‘ engagiert und ehrlich ihrer Arbeit nachgegangen sind, sich bemüht haben, der allzu maroden Wirtschaft noch einen Ertrag abzurufen, die heute ihren Ausschluß vom Arbeitsmarkt nur sehr schwer ertragen können.“²⁰ Dies mag als Hinweis darauf, daß es auch in Ostdeutschland unterschiedliche Betroffenheiten und Bewältigungsstrategien gibt, an dieser Stelle genügen.

Jüngere und Höherqualifizierte waren nach dieser ersten größeren Untersuchung in der Regel optimistischer eingestellt, was sicherlich auch ihren Chancen am Arbeitsmarkt entspricht. Ältere dagegen, bei denen sich die größten Anpassungsschwierigkeiten ergeben, zeigten sich am pessimistischsten. Der Arbeitsmarkt-Monitor zeigt in ähnlicher Weise, daß nur wenige Arbeitslose bzw. Langzeitarbeitslose ihre eigene berufliche Zukunft optimistisch einschätzen (14 Prozent bzw. 7 Prozent, gegenüber 46 Prozent der Erwerbstätigen; vgl. Tabelle 1).

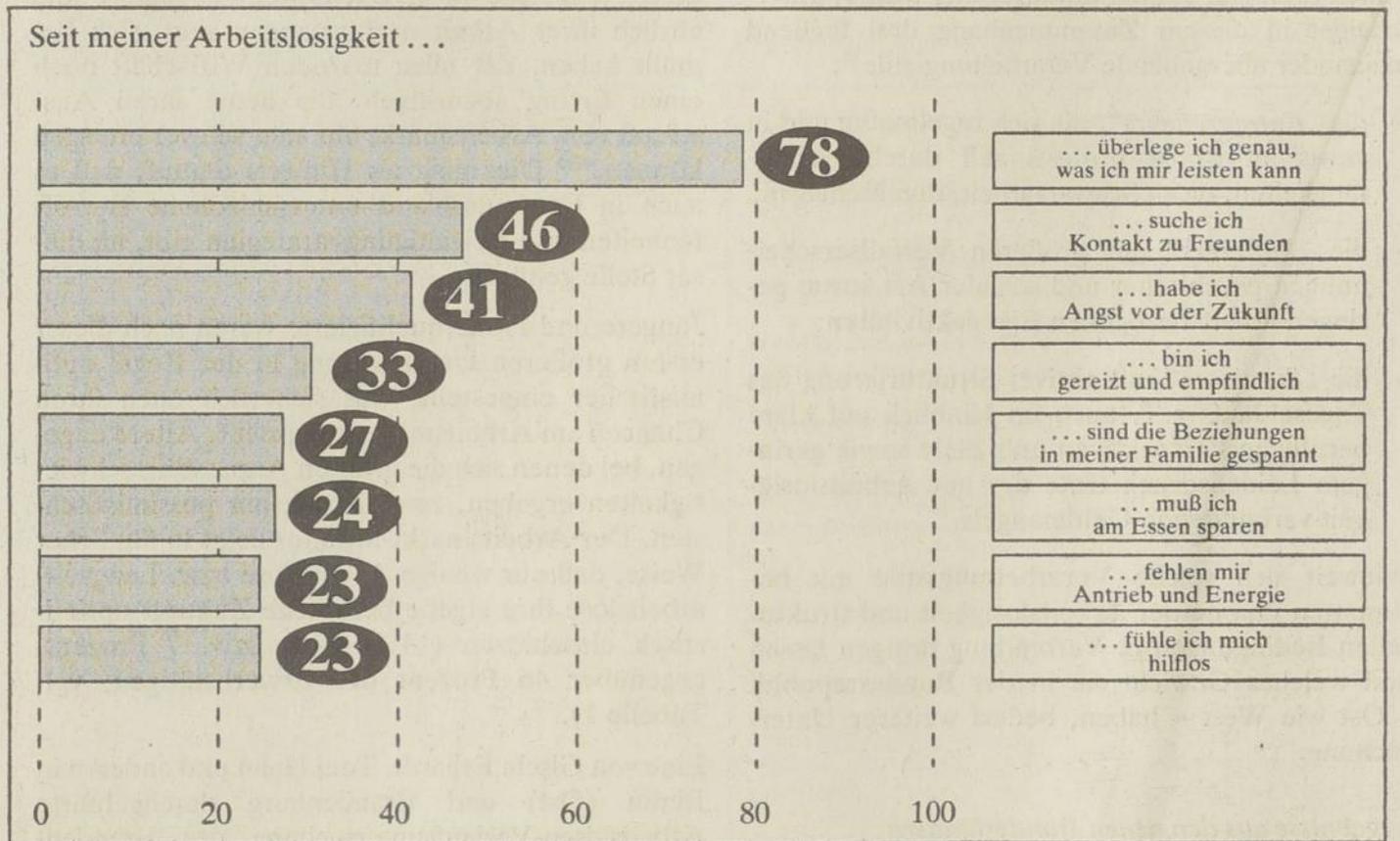
Eine von Gisela Erhardt, Toni Hahn und anderen in Berlin (Ost) und Brandenburg durchgeführte Arbeitslosen-Verlaufsuntersuchung des Brandenburgischen Instituts für Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsentwicklung e.V. (biab) ist 1992 mit dem Fragenkatalog der älteren IAB-Untersuchung zu ganz ähnlichen Ergebnissen wie die entsprechende Untersuchung aus dem Jahre 1980 gekommen (vgl. Abbildung 2)²¹. Ostdeutschen Arbeitslosen fehlte etwas mehr als westdeutschen der gewohnte Kontakt mit den Kollegen. Weniger Ostdeutsche fragten sich, warum gerade sie arbeitslos geworden seien – Anhaltspunkt für geringere Stigmatisierungstendenzen, was zur besseren Bewältigung der Langzeitarbeitslosigkeit beitragen könnte.

Konflikte in der Familie wurden mit der Dauer der Arbeitslosigkeit stärker empfunden, der Vergleich mit dem Westen deutet aber darauf hin, daß möglicherweise die Familie in Ostdeutschland bislang noch die Belastungen besser abfängt als in Westdeutschland. Auf positive Aspekte der Arbeitslosigkeit (mehr für die Familie tun zu können,

20 Ebd.

21 Gisela Erhardt, Arbeitslosigkeit/Wiederbeschäftigung – die Bewältigung der neuen Handlungsbedingungen, unveröffentlichter Teilbericht mit Ergebnissen vom Sommer 1992, Berlin, April 1993; dies., Bewältigungsformen der neuen Handlungsbedingungen – besonders der Arbeitslosigkeit, in: Brandenburgisches Institut für Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsentwicklung e.V. (biab), Arbeitslosigkeit und Armut in Ost-Berlin, Tagungsbericht, Berlin 1992; vgl. auch Gisela Erhardt/Toni Hahn, Verläufe und Verarbeitungsformen von Arbeitslosigkeit. Ergebnisse einer Paneluntersuchung in Ostberlin, in: MittAB, 26 (1993) 1, S. 36.

Abbildung 3: Ergebnisse einer repräsentativen Befragung Arbeitsloser in den neuen Bundesländern (November 1990; in Prozent)



Quelle: Arbeitslosenbefragung des Deutschen Jugendinstituts, Außenstelle Leipzig, November 1990.

mehr Zeit für Sachen zu haben, die Spaß machen) wiesen Ostdeutsche etwas häufiger hin als Westdeutsche – ein Indiz für Reserven, mit der Situation der Arbeitslosigkeit besser umgehen zu können, wohl auch eine Folge der noch geringeren Strukturalisierung der Arbeitslosigkeit im Osten.

Unterschiede in der psycho-sozialen Verarbeitung der Arbeitslosigkeit zwischen Männern und Frauen treten in den neuen Bundesländern weniger stark hervor als in den alten, wobei in Ostdeutschland die Alternativrolle „Hausfrau“ als Entlastungsfaktor angesichts der hohen Erwerbsbeteiligung und weiterhin hohen Berufsorientierung von Frauen kaum zum Tragen kommt.

In der von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) unterstützten biab-Untersuchung wurden auch verschiedene Bereiche des Lebens wie Arbeit, Familie, Freizeit, Politik, soziale Sicherheit u. a. eingeschätzt hinsichtlich der Bedeutsamkeit für die Betroffenen, der jetzigen Zufriedenheit damit, der persönlichen Zufriedenheit damit in der Retrospektive vor der Wende und im Hinblick auf erwartete künftige Aspekte²².

²² Vgl. G. Erhardt, Arbeitslosigkeit (Anm. 21), S. 5, und dies., Bewältigungsformen (Anm. 21), S. 8.

Mit Hilfe eines differenzierten mehrdimensionalen Verfahrens (Clusteranalyse) wurden folgende vier Typen der Bewältigungsformen des gesellschaftlich-sozialen Wandels unterschieden:

Typ 1:

Verarbeitet die Veränderung der Lebensumstände positiv, obwohl er vor der Wende (in der Reflexion aus heutiger Sicht) mit allen Bereichen, besonders auch der Politik zufriedener als die anderen Typen war. Für ihn ist jetzt die Politik weniger bedeutsam.

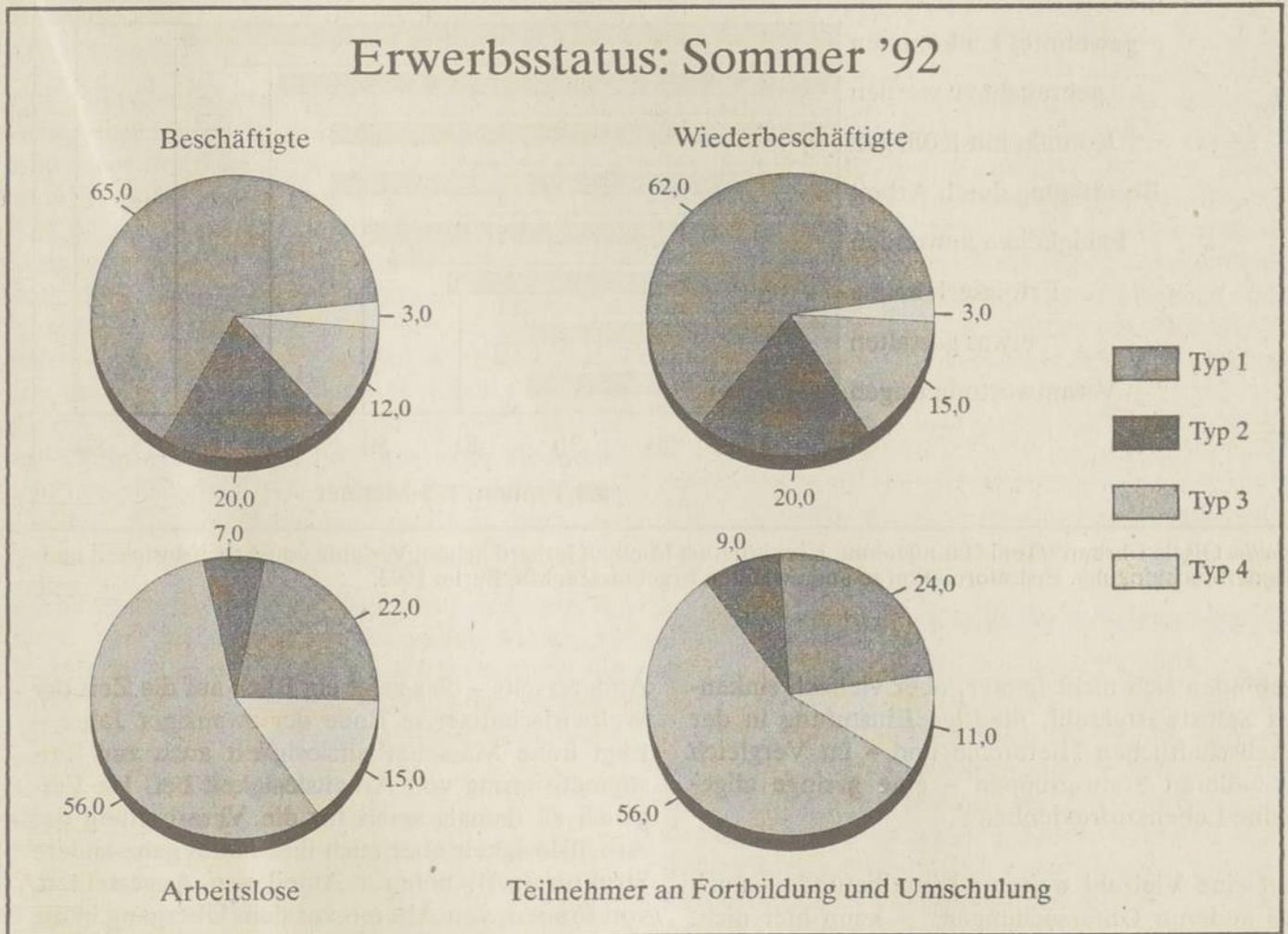
Typ 2:

Verarbeitet ebenfalls die Veränderung der Lebensumstände positiv. Er war vor der Wende mit allen Bereichen jedoch relativ unzufrieden. Für ihn ist jetzt die Politik recht bedeutsam. Er ist gegenüber den anderen Typen zufriedener mit der Politik, hat die angenehmsten Gefühle und positive Trend-erwartung – will auch aktiv werden.

Typ 3:

Verarbeitet die Veränderung der Lebensumstände konflikthaft. Vor der Wende war er im allgemeinen zufriedener als jetzt. Für ihn ist die Arbeit hoch bedeutsam, aber auch die Politik, obwohl er nicht zufrieden damit ist.

Abbildung 4: Zuordnung von Beschäftigten, Wiederbeschäftigten, Teilnehmern an Maßnahmen der Fortbildung und Umschulung und Arbeitslosen zu den vier Typen der Bewältigungsformen des gesellschaftlich-sozialen Wandels (in Prozent)



Quelle: G. Ehrhardt, Bewältigungsformen ... (wie Abb. 2).

Typ 4:

Verarbeitet die Veränderung der Lebensumstände ebenfalls konflikthaft, war aber bereits vor der Wende besonders mit der Politik unzufrieden. Jetzt ist für ihn Politik – gegenüber den anderen Typen – am wenigsten bedeutsam. Er ist mit allen Lebensbereichen unzufrieden, ist aber stark auf persönliche Entwicklung und berufliche Tätigkeit orientiert.

Abbildung 4 enthält die Ergebnisse für Arbeitslose, für Teilnehmer an beruflicher Fortbildung und Umschulung, für zum Zeitpunkt der Befragung (Sommer 1992) wiederbeschäftigte ehemalige Arbeitslose und für eine Kontrollgruppe von Beschäftigten. Erkennbar sind gravierende Unterschiede: über 80 Prozent der aktuell Beschäftigten gehören den beiden ersten, die Veränderung der Lebensumstände positiv verarbeitenden Typen an, während umgekehrt für rd. 70 Prozent der Arbeitslosen wie auch der FuU-Teilnehmer Konflikte im Vordergrund stehen (Typen 3 und 4).

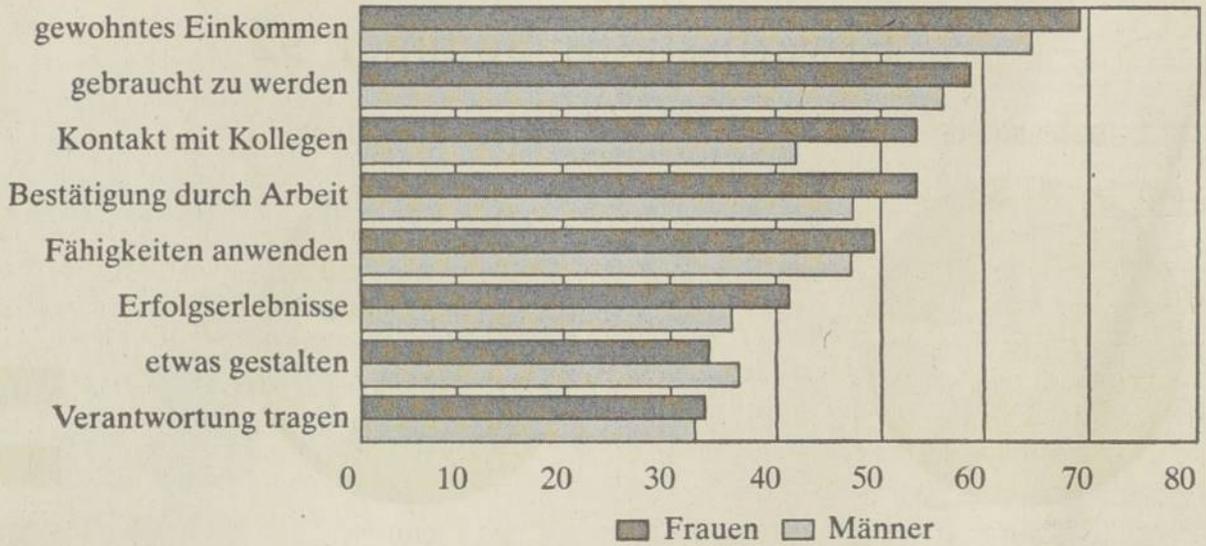
Während Arbeitslose der Typen 1 und 2 ihre Vermittlungschancen günstig beurteilen und eher entlastende Momente der Arbeitslosigkeit im Vordergrund stehen, sind vor allem Arbeitslose des Typs 3 psycho-sozial vielfach beeinträchtigt²³.

Auch für den eher depressiven Typ 4 gilt – wie für die anderen – eine weiterhin hohe Orientierung auf den Lebensbereich Berufsarbeit. Sie sei für alle hier unterschiedenen Formen der Verarbeitung sich verändernder allgemeiner gesellschaftlicher Bedingungen und konkreter Lebensumstände entscheidendes Identitätskriterium geblieben²⁴. Abbildung 5 faßt – als Ergebnis der im Rahmen des gleichen Panels im Sommer 1993 erneut durchgeführten Befragung – zusammen, welche Aspekte der verlorengegangenen Arbeit von besonderer Bedeutung sind. Mit ihrem Verlust

²³ Vgl. G. Ehrhardt, Arbeitslosigkeit (Anm. 21), S. 15.
²⁴ Ebd., S. 1, und G. Ehrhardt u. a. (Anm. 11), S. 24.

Abbildung 5: Bedeutung verschiedener Aspekte der Arbeit für Arbeitslose (Sommer 1993; in Prozent)

(Darstellung für die Antwort „Vermisse ich sehr“)



Quelle: Gisela Ehrhardt/Toni Hahn/Helmut Körner/Horst Miethe/Gerhard Schön, Verläufe von Arbeitslosigkeit und Wiederbeschäftigung. Erstinformation zu ausgewählten Ergebnissen, MS, Berlin 1993.

verbinden sich nicht immer, aber vielfach sinkendes Selbstwertgefühl, niedrige Einstufung in der gesellschaftlichen Hierarchie und – im Vergleich zu anderen Statusgruppen – eine geringe allgemeine Lebenszufriedenheit²⁵.

Auf eine Vielzahl weiterer Einzelbefunde – auch aus anderen Untersuchungen²⁶ – kann hier nicht näher eingegangen werden. Sicherlich ist es immer noch zu früh, einen systematischen Ost-West-Vergleich im Hinblick auf die subjektive Verarbeitung der Arbeitslosigkeit bzw. Langzeitarbeitslosigkeit durchzuführen. Die atemberaubende Geschwindigkeit der Veränderungen (nicht nur am Arbeitsmarkt) dürfte für den einzelnen die Problemlagen verschärfen, auch die Tatsache, daß es in der ehemaligen DDR keine historischen Erfahrungen mit offener Arbeitslosigkeit gab und vorhandene Arbeitslose als „Anti-Sozialelemente“ oder „Sozialfälle“ abgestempelt wurden. Schließlich dürften finanzielle Probleme und Wiedereingliederungsschwierigkeiten größer sein.

²⁵ Vgl. G. Erhardt u. a. (Anm. 11), S. 16.

²⁶ Eine Sammlung erster empirischer Untersuchungen und Überlegungen zur Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern enthält Thomas Kieselbach/Peter Voigt (Hrsg.), Systemumbruch, Arbeitslosigkeit und individuelle Bewältigung in der Ex-DDR, Weinheim, 1992. Vgl. auch INFO GmbH (Anm. 11) und Klaus Ladensack/Lutz-Udo Buchholz/Karl Buchholz/Uwe Schulz, Arbeitslose – Situation, Verhalten und Zukunftserwartungen. Studie der Gesellschaft zur Förderung der Unternehmensführung e. V., Merseburg 1993.

Andererseits – dies zeigt ein Blick auf die Zeit der Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger Jahre – trägt hohe Massenarbeitslosigkeit auch zur Entstigmatisierung von Arbeitslosigkeit bei. Im Vergleich zu damals spielt für die Verarbeitung der Arbeitslosigkeit aber auch ihre heute ganz andere Struktur (z. B. höherer Anteil von Angestellten, von Frauen, von Älteren vor dem Übergang in die Rente) eine wesentliche Rolle, ebenso wie die nach wie vor – trotz restriktiver Tendenzen – bessere finanzielle Absicherung durch Arbeitslosenversicherung und weitere Haushaltseinkommen.

2. Längerfristige Folgeprobleme von Arbeitslosigkeit

Folgeprobleme der Arbeitslosigkeit können weit über das hier angesprochene Spektrum von Belastungen hinausgehen. Gesundheitliche Probleme verschärfen sich²⁷, Langzeitarbeitslosigkeit kann demotivieren, dequalifizieren, im Zusammenhang gesehen werden mit Alkohol- und Drogenproblemen, Obdachlosigkeit, Kriminalität, häufig im Sinne von Wechselwirkungen. Auch geht es um langfristige politische Folgeprobleme, den Ver-

²⁷ So ist der durchschnittliche Gesundheitszustand von Langzeitarbeitslosen im Hinblick auf mehrere im Rahmen der IAB-Untersuchung verwendeten validierten Indikatoren nicht nur schlechter als der von wiederingegliederten Arbeitslosen gewesen (Selektionseffekt). Er hat sich im Verlauf der Arbeitslosigkeit auch weiter verschlechtert. Vgl. Ch. Brinkmann (Anm. 16) S. 465 ff. Für erste Anhaltspunkte aus dem Osten vgl. INFO-GmbH (Anm. 11), S. 76 ff.

trauensverlust, den das politische System erfahren kann. Solche Zusammenhänge liegen nahe, sind aber wissenschaftlich schwer nachzuweisen, ganz allgemein und besonders in der kurzen Zeit der Transformationskrise im Osten.

Aus Bevölkerungsumfragen ist bekannt, daß Arbeitslose im Osten wie im Westen ein geringeres politisches Interesse zeigen als Erwerbstätige. Die biab-Verlaufsuntersuchung bei Arbeitslosen in Berlin (Ost) und Brandenburg führt dies in erster Linie auf Strukturfaktoren zurück (unterschiedliche Gruppen nach Qualifikation, Alter, Geschlecht u. a.); ein zusätzlicher Einfluß der Arbeitslosigkeit selbst war nicht erkennbar. Lediglich bei Langzeitarbeitslosen deuteten sich Tendenzen einer Polarisierung in bezug auf Interesse und Desinteresse an der Politik an. Bei besonders belasteten Gruppen von Arbeitslosen verstärkten sich die Anteile derjenigen, die für keine der etablierten Parteien Sympathie zeigten²⁸.

Solche (zunächst vielleicht eher beruhigenden) Befunde sind zeitgebunden und immer wieder zu hinterfragen im Hinblick auf die fortschreitende Verfestigung der Unterbeschäftigung und sich verändernde politische und gesamtgesellschaftliche Rahmenbedingungen.

Mitte 1990 – noch vor der Einigung – hat die Enquete-Kommission des Landtags Rheinland-Pfalz „Arbeit in der Industriegesellschaft – langfristige Folgen der Arbeitslosigkeit –“ ihren Abschlußbericht veröffentlicht²⁹ und darin u. a. zu den politischen Folgen der Arbeitslosigkeit grundsätzlich Stellung genommen.

Folge man den Wahlanalysen, stellte die Kommission u. a. fest, so deute sich auch eine gewisse Änderung des sozialen Klimas in der Bundesrepublik an: „Langzeitarbeitslosigkeit, Wohnungs- und Arbeitsmarkt rücken stärker in den Mittelpunkt der Diskussion. Im Unterschied zu den Jahren 1980 und 1985 werden mittlerweile offenbar insbesondere die Aus- und Übersiedler als Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt empfunden. Vor allem dieser Zustrom... wecke offenbar gerade mit Blick auf den Arbeitsmarkt, aber auch im Hinblick auf den Wohnungsmarkt, Abwehrgefühle und Ängste.“³⁰

Diese Feststellungen seien, hieß es, allerdings mit einer gewissen Zurückhaltung zu beurteilen, da sie noch nicht durch Repräsentativerhebungen und darauf aufbauenden Untersuchungen abgedeckt

seien. Gleichwohl dürften sie u. E. – auf die aktuelle Situation in den neuen Bundesländern übertragen – noch an Relevanz gewonnen haben.

Abschließend – und hochaktuell für das Wahljahr 1994 – heißt es im Bericht des Landtags: „Die Kommission ist... der Auffassung, Arbeitslosigkeit und insbesondere lang anhaltende Arbeitslosigkeit bedrohen den sozialen Frieden. Dies beinhaltet die Gefahr einer Destabilisierung des demokratischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Nach der Überzeugung der Kommission haben die politisch Verantwortlichen die Pflicht, die Voraussetzung dafür zu schaffen, damit die Menschen sich mit dem Staat, in dem sie leben, identifizieren können.“³¹

IV. Arbeitsmarktpolitische Ausblick

1. Gesamtfiskalische Kosten der Arbeitslosigkeit

Die Kosten der Arbeitslosigkeit sind hoch, für den einzelnen wie für die Gesellschaft, nicht aber immer quantifizierbar. Öffentliche Haushalte werden direkt durch Mehrausgaben und indirekt durch Mindereinnahmen belastet, weil Arbeitslose kein Arbeitseinkommen erzielen. Solche „gesamtfiskalischen Kosten“ lassen sich quantifizieren. Sie unterscheiden sich danach, ob betroffene Personen Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder keine Leistungen beziehen.

Einer IAB-Berechnung folgend³² kostete in den alten Bundesländern die Arbeitslosigkeit im Jahre 1991 gesamtfiskalisch gesehen insgesamt 55 Milliarden DM – im Durchschnitt rd. 32 000,- DM je Arbeitslosen. Hiervon entfallen nur 29 Prozent auf direkte Lohnersatzleistungen an Arbeitslose. Mindereinnahmen bei Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen machen jeweils ein Viertel der Gesamtaufwendungen aus.

In institutioneller Gliederung entfallen auf die BA 38 Prozent der Kosten, ein Viertel auf den Bund, 10 Prozent auf die Länder und 8 Prozent auf die Gemeinden. Die Rentenversicherung wird mit 15 Prozent, die Krankenversicherung mit 5 Prozent belastet.

31 Ebd.

32 Vgl. Hans-Uwe Bach/Eugen Spitznagel, Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen – Entlastungswirkungen und Budgeteffekte, in: Christian Brinkmann/Karen Schober (Hrsg.), Erwerbsarbeit und Arbeitslosigkeit im Zeichen des Strukturwandels, Chancen und Risiken am Arbeitsmarkt, BeitrAB 163, Nürnberg 1992, S. 207 ff.

28 Vgl. G. Erhardt/Toni Hahn u. a. (Anm. 11), S. 4 und 43.

29 Vgl. Landtag Rheinland-Pfalz, Drucksache 11/4659 vom 30. 8. 1990, S. 92 ff.

30 Ebd., S. 94.

In den neuen Bundesländern kostete die Arbeitslosigkeit nach dieser Berechnung im Jahre 1991 insgesamt rd. 15 Milliarden DM – im Durchschnitt 17 000,- DM je Arbeitslosen. Hier spielen niedrigere Einkommen und geringere Steuersätze als im Westen eine Rolle, andererseits auch ein höherer Anteil von Arbeitslosen mit Anspruch auf Arbeitslosengeld. Beides führt auch (noch) zu einem höheren Finanzierungsanteil der BA an den Gesamtkosten (69 Prozent im Jahr 1991).

Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik werden zunehmend und zu Recht auch unter dem Gesichtspunkt der gesamtfiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit diskutiert. Den Kosten der Maßnahmen sind die sogenannten „Alternativkosten“ der Arbeitslosigkeit gegenzurechnen, eine Verteilung der Maßnahmekosten auf die Haushalte von Bund, BA, Ländern, Gemeinden usw. läßt sich entsprechend begründen.

Nach diesen Berechnungen lag z.B. die Selbstfinanzierungsquote für ABM 1991 in den alten Ländern bei 70 Prozent, werden nur direkte Effekte berücksichtigt, bzw. bei 95 Prozent, wenn auch indirekte Effekte wie die Beschäftigung von Stammkräften und Vorleistungsverflechtungen in die Rechnung eingehen. In den neuen Ländern lag zur gleichen Zeit die Kosten-Nutzen-Relation von ABM mit 59 Prozent bzw. 82 Prozent niedriger, u.a. wegen des höheren Maßnahmenaufwands (vor allem Sachkosten für investive ABM).

In solche Rechnungen fließen nicht ganz unproblematische Annahmen ein, wie z.B., daß es sich wirklich um zusätzliche Arbeiten im Sinne der geltenden Regelungen handelt. Andererseits bleibt der reale Nutzen der Maßnahmen bei dieser Rechnung noch völlig außer Betracht, z.B. die durch ABM erreichte Verbesserung der Infrastruktur oder – bei Qualifizierungsmaßnahmen – der individuelle und gesamtgesellschaftliche Nutzen höherer Qualifikationen. Außer Betracht bleiben auch die (vermiedenen) Kosten, die sich aus den genannten individuellen und gesellschaftlichen Folgeproblemen der Arbeitslosigkeit ergeben.

Trotz dieser Beschränkungen sind solche Berechnungen ein wichtiger Baustein zur Begründung aktiver Arbeitsmarktpolitik anstelle passiver Lohnersatzleistungen.

2. Weiterentwicklung der Arbeitsmarktpolitik

Größenordnung und Dauerhaftigkeit der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Langzeitarbeitslosigkeit, sind gegenwärtig das wichtigste soziale Pro-

blem unserer Gesellschaft³³. Zum nachhaltigen Abbau der Arbeitslosigkeit sind aufeinander bezogene Strategien der Wirtschafts-, Umwelt-, Finanz-, Bildungs-, Arbeitszeit-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik erforderlich. Auch die Tarifparteien tragen eine beschäftigungspolitische Mitverantwortung.

Für die aktive Arbeitsmarktpolitik sind aus diesen Überlegungen heraus Vorstellungen entwickelt worden, die eine Erweiterung bisheriger Individualförderung nach dem AFG bedeuten. Um die „strukturelle Beschäftigungslücke“ in Ost wie West schließen zu helfen, sollen passive Lohnersatzleistungen, die bei Arbeitslosen andernfalls zu zahlen wären, über Lohnkostenzuschüsse mehr als bisher in aktive Beiträge zum Entstehen neuer Arbeitsplätze auf dem regulären („ersten“) Arbeitsmarkt umgemünzt werden³⁴.

Zur Bekämpfung der weiterhin zunehmenden Langzeitarbeitslosigkeit in Ost und West steht ein durchaus vielschichtiges, durch Bundes- und Landesprogramme sowie Modellvorhaben ergänztes Förderinstrumentarium nach dem AFG zur Verfügung. Es ist im Sinne eines „zweiten Arbeitsmarktes“ für Arbeitslose mit schwerwiegenden Vermittlungshemmnissen weiterzuentwickeln und dem sich verstärkenden Problemdruck entsprechend finanziell auszustatten³⁵. Im Hinblick auf die vielfältigen psycho-sozialen Probleme insbesondere bei Langzeitarbeitslosen geht es an dieser Schnittstelle zur Sozialpolitik auch um verbesserte Möglichkeiten zur sozialen Betreuung während der Arbeitslosigkeit und bei Maßnahmen zur beruflichen Wiedereingliederung.

33 Ausführlicher zum Thema „Weiterentwicklung der Arbeitsmarktpolitik“ vgl. Christian Brinkmann/Friedrich Buttler, Weiterentwicklung der Arbeitsmarktpolitik: Mehr Arbeitsplatzförderung und mehr Selektivität, in: Leo Montada (Hrsg.), Ungerechtigkeiten der Arbeitslosigkeit, Schriftenreihe der Aida-Stiftung, Band 2, Frankfurt/M. u. a. 1994.

34 Der im Februar 1993 dem Bundestag vorgelegte Antrag der SPD, das AFG durch ein Arbeits- und Strukturförderungsgesetz (ASFG) abzulösen, enthält – beschränkt auf strukturschwache Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit – solch eine Leistung zur Unterstützung von Projekten, die der Strukturverbesserung dienen, wenn sich die für Strukturpolitik zuständigen Gebietskörperschaften hieran beteiligen. Der Regierungsentwurf eines Beschäftigungsförderungsgesetzes 1994 sieht vor, die z. Z. im Osten möglichen Lohnkostenzuschüsse in den Bereichen Umweltschutz, soziale Dienste und Jugendhilfe (§ 249 h AFG) auch in strukturschwachen Regionen des Westens einzuführen.

35 Sowohl bei Lohnkostenzuschüssen „im 1. Arbeitsmarkt“ zur Mithilfe beim Aufbau und Erhalt regulärer Arbeitsplätze als auch bei einem „2. Arbeitsmarkt“ für Problemgruppen handelt es sich um (verstärkt notwendige) „öffentlich geförderte Beschäftigung“, allerdings mit sehr unterschiedlichen Begründungszusammenhängen und Zielrichtungen. Dies wird in der aktuellen Diskussion nicht immer gesehen.

Winfried Gebhardt/Georg Kamphausen

Mentalitätsunterschiede im wiedervereinigten Deutschland?

Das Beispiel zweier ländlicher Gemeinden

I. Vorbemerkungen

Glaubt man gängigen Statements von Politikern und politisierenden Intellektuellen aus Ost und West, dann gibt es nichts Unterschiedlicheres als die ehemals zwei feindlichen deutschen Brüder, von denen der eine 40 Jahre die Segnungen von Demokratie und Kapitalismus genießen durfte, während der andere unter der Knute realsozialistischer Tyrannei leiden mußte. Von der „ungleichen Nation“ ist die Rede, von „einer Nation – aber zwei Gesellschaften“, von der „Zweistaatlichkeit im Kopf“, von der Aufgabe der Einheit, die aus „Gegensätzen“ zu gestalten sei. An den bundesdeutschen Stammtischen in Ost und West schlagen sich diese intellektuellen Geistesblitze in den wohlbekannten Stereotypen des „arroganten Besserwessis“ und des „arbeitsscheuen Ossi“ nieder.

Eine neue Dimension gewinnt diese Debatte bei einigen linken Intellektuellen, die den Verlust ihres sozialistischen Leitbildes noch nicht verarbeitet haben: Hier steigt – wie der Phönix aus der Asche – plötzlich wieder die alte, seit Thomas Manns „Betrachtungen eines Unpolitischen“ berühmt-berüchtigte „Kultur-Zivilisations“-Dichotomie aus der Versenkung hervor: auf der einen Seite steht der durch die Zivilisation verdorbene „Wessi“, dem Materialismus und der Kulturindustrie hörig, auf der anderen Seite der zwar arme, aber die wahren Werte und den besseren Teil der deutschen Kultur bewahrende „Ossi“¹. Folgt man

Der vorliegende Aufsatz ist die Zusammenfassung einer größeren Arbeit, die im April 1994 unter dem Titel „Zwei Dörfer in Deutschland. Mentalitätsunterschiede nach der Wiedervereinigung“ bei Leske und Buderich, Opladen erscheinen wird. Die Studie wurde von der Deutschen Forschungsgemeinschaft im Rahmen des Schwerpunktprogrammes „Sozialer und politischer Wandel im Zuge der Integration der DDR-Gesellschaft“ gefördert.

1 Vgl. R. Herzinger, Die obskuren Inseln der kultivierten Gemeinschaft. Heiner Müller, Christa Wolf, Volker Braun – deutsche Zivilisationskritik und das neue Anti-Westlertum, in: Die Zeit vom 4. Juni 1993, S. 8.

diesem Schwanengesang, so haben sich die Grenzen der Zivilisation nach Osten verschoben: Der Feind der deutschen Kultur wartet nicht mehr am Rhein, er lauert an der Elbe, hat diese sogar schon überschritten und beginnt mit der Kolonialisierung der ostdeutschen Lebenswelt.

Wie die Bewertungen im einzelnen auch ausfallen, einig ist man sich darin, daß es gravierende Unterschiede im Denken, Handeln und Verhalten gibt zwischen Westdeutschen und Ostdeutschen. Und das Zauberwort, das gefunden wurde, um diese Unterschiedlichkeit zu fassen, ist das der *Mentalität*. Überall werden sie beschworen, die „Mentalitätsunterschiede“ zwischen den „Ossis“ und den „Wessis“.

Man könnte nun die angeblichen Unterschiede einfach als Gerede intellektueller oder politischer Hasardeure abtun, die von Kassandrarufern – nicht schlecht – leben. Nichts verkauft sich eben so gut wie „Katastropheninszenierungen“. Der Verdacht, Unterschiede würden oftmals konstruiert, herbeigeredet – aus welchen Gründen auch immer: als Immunisierungsstrategie gegenüber der eigenen Biographie oder aus handfesten materiellen Interessen –, läßt sich jedenfalls nicht einfach von der Hand weisen. Doch so leicht darf man es sich nicht machen. Denn auch ernsthaftere Zeitdiagnostiker und Gegenwartsanalytiker gehen wie selbstverständlich davon aus, daß es „fundamentale Unterschiede“ im Denken und Handeln der Menschen gibt. Ob Psychoanalytiker wie Hans-Joachim Maaz die Mauer im Kopf beschwören², ob Politologen wie Hans Maier oder Werner Weidenfeld nur „Gegensätze“ erkennen, wo „Einheit“ nötig sei³, oder ob sozialwissenschaftliche Meinungsforscher und Wertewandelanalytiker unter-

2 Vgl. Hans-Joachim Maaz, Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR, Berlin 1990; ders., Das gestürzte Volk oder die unglückliche Einheit, Berlin 1991.

3 Vgl. Hans Maier, Einheit aus Gegensätzen, in: Zur Debatte. Themen der katholischen Akademie in Bayern, Juli/August 1990, S. 1–13; ders., Nach dem Sozialismus – Eine neue Ethik des Sozialen?, in: Neue Hefte für Philosophie, 34 (1993), S. 1–17.

schiedliche, zumeist Orientierungskrisen auslösende, mentale Dispositionen feststellen⁴, fast durchgängig wird behauptet, daß es sie gibt: die „Mentalitätsunterschiede“, fast durchgängig heißt es: „Wir sind verschieden“. Die Frage ist: Sind wir es wirklich? Und wenn ja: Wie groß und von welcher Art sind diese Unterschiede?

Wir wollen nicht bestreiten, daß es Unterschiede gibt. Die gibt es sicherlich. Vierzig Jahre „Sonderwege“ gehen an niemandem spurlos vorbei. Was wir wollen, ist, den Mentalitätsbegriff so zu problematisieren, daß die Frage nach Unterschieden und Gemeinsamkeiten zwischen Ost- und Westdeutschen neu gestellt werden kann. Folgt man der gängigen Debatte über die angeblichen Mentalitätsunterschiede, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob es hier fast ausschließlich um aktuelle Sorgen und Nöte der Menschen geht, um Arbeitsplätze, Wohnungsnot, Mietpreiserhöhungen, um die Zerstörung kultureller und die Nivellierung sozialer Einrichtungen, um Arbeitsmoral und Anspruchsniveau, um Ausländerhaß und Politikverdrossenheit. Daß sich hier dann Unterschiede in den Einstellungen zwischen Ost und West auftun, ist wahrlich nicht überraschend – zu unterschiedlich sind die strukturellen, insbesondere die materiellen Ausgangspositionen in beiden Teilen der Republik. Und daß sich daraus auch die zur Illustration der These von der Unterschiedlichkeit so gerne herangezogenen gegenseitigen Animositäten, Vorurteile und Aversionen zum Großteil ergeben, bedarf auch nicht der weiteren Begründung. Steht für solche – überall zu beobachtende Unterschiede – aber der Begriff der Mentalität? Was ist das überhaupt: Mentalität?

II. Zum Begriff der Mentalität

Der Begriff der Mentalität ist im heutigen Sprachgebrauch eng verbunden mit einem spezifischen Forschungsparadigma in der Geschichtswissen-

4 Vgl. u. a. Katharina Belwe, Psycho-soziale Befindlichkeit der Menschen in den neuen Bundesländern nach der Wende im Herbst 1989, Gesamtdeutsches Institut, Analysen und Berichte, 1/1991; Thomas Gensicke, Mentalitätsentwicklungen im Osten Deutschlands seit den 70er Jahren, Speyer 1992; Lutz Marz, Die innere Kluft. Eine (Bild-)Betrachtung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 36 (1991), S. 1308ff.; Helga Moericke, Wir sind verschieden. Lebensentwürfe von Schülern aus Ost und West, Frankfurt am Main 1991; Rudolf Woderich, Mentalitäten zwischen Anpassung und Eigensinn, in: Deutschland Archiv, 25 (1992) 1, S. 21ff.

schaft: der sogenannten „Mentalitätengeschichte“, die sich in der Annales-Schule institutionalisiert hat. Als deren Gründer gelten die französischen Historiker Marc Bloch und Lucien Febvre⁵. Mentalität steht hier für einen Komplex mentaler Strukturen, der sich aus jeweils historisch kontingenten kollektiven Vorstellungs- und Einstellungsmustern zusammensetzt und in relativer Autonomie gegenüber der Strukturebene der Institutionen und ausgestattet mit einer gewissen Zählebigkeit existiert. Dieser Komplex mentaler Strukturen ist allerdings von den französischen Mentalitätshistorikern nie begrifflich fixiert und theoretisch ausgearbeitet worden, wie einer ihrer bekanntesten Vertreter, Georges Duby, auch offen bekennt.

Die weitgehende Monopolisierung des Begriffs der Mentalität durch die (vor allem französische) Mentalitätengeschichte hat die Tatsache verdeckt, daß dieser Terminus, vor allem aber der mit dem Begriff umschriebene Sachverhalt, in der Soziologie weitaus umfassender und präziser definiert und in seiner Bedeutung für das menschliche Handeln erörtert wurde⁶. Man denke zum Beispiel nur an Alexis de Tocquevilles poetisch umschriebene „Gewohnheiten des Herzens“ und an Max Webers „Lebensführungsstile“ oder seinen „Habitusbegriff“⁷. Man denke aber vor allem an Theodor Geiger, der den Mentalitätsbegriff explizit als theoretischen Grundbegriff in die Soziologie eingeführt hat als einen jeweils besonderen Typ der Lebensführung, der im Gegensatz zur Idee oder Ideologie als einer reflexiven Selbstausslegung des Menschen, eine besondere Figuration des Sozialbewußtseins umschreibt. Mentalität, sagt Geiger, ist „geistig-seelische Disposition – unmittelbare Prägung des Menschen durch seine soziale Lebenswelt und die von ihr ausstrahlenden, an ihr gemachten Lebenserfahrungen“⁸. Anders als in der französischen Mentalitätengeschichte werden Mentalitäten in der Soziologie nicht ausschließlich als das „kollektiv Unbewußte“ begriffen, das sich dem individuellen Willen und der individuellen Ausgestaltung

5 Zur Geschichte der „Annales“-Schule vgl. Ulrich Raulff, Die Geburt eines Begriffs. Reden von Mentalität zur Zeit der Affäre Dreyfus, in: ders. (Hrsg.), Mentalitäten-Geschichte, Berlin 1987, S. 50ff.; Annette Riecks, Französische Sozial- und Mentalitätengeschichte. Ein Forschungsbericht, Altenberge 1989.

6 Vgl. Winfried Gebhardt, Idee, Mentalität, Institution, in: Sociologia Internationalis, 31 (1993), S. 41ff.

7 Vgl. Alexis de Tocqueville, Über die Demokratie in Amerika, München 1984², S. 332; Max Weber, Die Protestantische Ethik II, hrsg. von Johannes Winckelmann, Gütersloh 1975, S. 318; ders., Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Bd. I, Tübingen 1978⁷.

8 Theodor Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, Stuttgart 1987, S. 77.

entzieht, sondern als „kollektive Orientierungsmuster“ des Alltagshandelns, die der individuellen Aneignung bedürfen und deshalb wenigstens potentiell reflexiv sind. Mit Tocqueville, Weber und Geiger erfährt der Begriff der Mentalität also eine auf der Basis des methodologischen Individualismus entworfene handlungstheoretische und alltagssoziologische Fundierung, die sich zudem theoretisch präzisieren und in empirische Fragestellungen umsetzen läßt, wenn man sie durch die Erkenntnisse der phänomenologischen Soziologie, wie sie Alfred Schütz entwickelt hat⁹, und der daraus hervorgegangenen historischen Wissenssoziologie von Peter L. Berger und Thomas Luckmann¹⁰ ergänzt.

Mentalität bezeichnet dann die Summe eingelebter, routinierter, über Generationen hinweg stabiler Glaubensüberzeugungen und Sinngewißheiten mit alltäglicher Handlungsrelevanz. Mentalitäten sind als eingelebte Sinngewißheiten in der Regel die unreflektierte Grundlage allen sozialen Handelns im alltäglichen Lebensvollzug. Sie können allerdings – und hier liegt die Chance ihrer empirischen Erforschbarkeit – aktualisiert, also aus dem Bereich des Un- oder Halbbewußten in den Bereich des Bewußten überführt werden, insbesondere dann, wenn entweder durch neu auftretende Handlungsmuster oder durch Anstöße von außen (wie in der Interviewsituation) bisher geltende Gewißheiten in Frage gestellt werden.

Mentalitäten sind also nicht identisch mit abstrakten Werthaltungen und Einstellungen. Werte- und Wertwandelforschung und Mentalitätsforschung sind etwas grundsätzlich Verschiedenes. Mentalitäten sind weitgehend kollektiv geteilte, langfristig stabile Vorstellungen, auch wenn sie der individuellen Ausfüllung bedürfen. Sie sind zudem nicht von heute auf morgen (durch Reflexionsbemühungen) änderbar, sie können weder abgelegt noch durch subjektive Bearbeitung neu konstruiert werden. Sie sind immer bezogen auf kollektive, alltagsrelevante Nahwelten und entziehen sich so weitgehend individueller Einsicht und abstrakten Reflexionsschemata. Mentalitäten sind deshalb nicht zu greifen über die Erfassung von politischen Einstellungen oder allgemeinen ethischen Wert-

haltungen, die die Sichtweise von Problemen berühren, die sich außerhalb der Alltagswelt der Betroffenen abspielen; sie lassen sich nur in Nahwelten erforschen, im alltäglichen Verhalten und gemeinsamen Handeln der Menschen. Interessant sind deshalb für Mentalitätsforschungen besonders jene routinierten Glaubensüberzeugungen, die sich in der alltäglichen Praxis, im alltäglichen Handlungsvollzug Ausdruck verschaffen, im realen Zusammenleben am Arbeitsplatz, in der Familie, der Verwandtschaft und der Nachbarschaft, der Dorfgemeinschaft, der Kirchengemeinde, im Verein, am Stammtisch, auf dem Dorffest. Interessant sind zudem all jene Bereiche der Alltagskultur und Alltagsästhetik, in denen sich die symbolischen Sinnwelten der Menschen alltäglich Ausdruck verschaffen (und auf deren zentrale Bedeutung für soziologische Wirklichkeitsinterpretationen vor allem Hans-Georg Soeffner¹¹ und erst kürzlich auch Gerhard Schulze¹² hingewiesen haben). Diese Bereiche sind auf individueller Ebene: Wohnzimmereinrichtungen mit Wanderschmuck, Hausrat und Möbelanordnungen, Eigenheimarchitektur und Hausverzierungen, Gartenanlagen, Ausstattung der Pkws u.a.m. Auf kollektiver Ebene sind zu nennen: die Ausgestaltung gemeinsam genutzter Räumlichkeiten (Vereinsheime, Gaststätten, Kirchenräume, Friedhof, Sportplatz), aber auch die Bemühungen um den „schönsten Gartenzaun“, den „saubersten Hauseingang“ und das „schönste Garagentor“. In all diesen Einzelheiten – so jedenfalls die Annahme – wird man mehr Anhaltspunkte finden für „Mentalitäten“ als im Bereich abstrakter politischer oder ethischer Einstellungen.

Akzeptiert man diese theoretischen Vorgaben und erkennt an, daß Mentalitätsforschung das Eindringen in kollektive Nahwelten erfordert, dann erscheint es plausibel, daß repräsentative Gesamterhebungen mittels standardisierter Verfahren für die Erforschung von Mentalitäten nur bedingt geeignet sind. Einzelfallstudien, basierend auf den Methoden der teilnehmenden Beobachtung, der qualitativen Befragung, der Beschreibung und der Bildanalyse bieten sich dagegen an, weil hier die Chance am größten ist, wenigstens annäherungsweise Einblick in die alltägliche Lebenswelt der Menschen zu gewinnen. Aus diesem Grund haben wir uns dafür entschieden, der Frage nach den „Mentalitätsunterschieden“ zwischen Ost- und

9 Vgl. Alfred Schütz/Thomas Luckmann, *Strukturen der Lebenswelt*, Bd. 1, Frankfurt am Main 1979.

10 Vgl. Peter L. Berger/Thomas Luckmann, *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit*, Frankfurt am Main 1977; *Zur Relevanz der Wissenssoziologie für eine exakte Bestimmung des Mentalitätsbegriffs* vgl. Volker Selin, *Mentalität und Mentalitätsgeschichte*, in: *Historische Zeitschrift*, Bd. 241 (1985), S. 556ff.

11 Vgl. Hans-Georg Soeffner, *Die Ordnung der Rituale. Die Auslegung des Alltags 2*, Frankfurt am Main 1992.

12 Vgl. Gerhard Schulze, *Die Erlebnisgesellschaft. Kultursociologie der Gegenwart*, Frankfurt am Main–New York 1992.

Westdeutschen in einer vergleichenden Dorfstudie nachzugehen. Dazu wurden zwei von der Geschichte, der Konfession, der Bevölkerungszahl, der Infra-, Wirtschafts- und Sozialstruktur her ähnliche Gemeinden ausgewählt, die zudem in einem einheitlichen Kulturraum – dem (bayerischen und sächsischen) Vogtland – liegen, der sich, wie sich heute zeigt, trotz 40 Jahren deutscher Teilung im Bewußtsein der Einwohner als solcher erhalten hat¹³.

II. Leben im Dorf: Dimensionen der alltäglichen Lebenswelt

Entgegen der allgemeinen Rede von den Unterschieden lassen sich in den beiden Gemeinden, zumindest auf der Ebene der „Mentalitäten“, mehr Gemeinsamkeiten finden als erwartet. Natürlich existieren auch Unterschiede. Die gemeindliche Infrastruktur der ostdeutschen Gemeinde hängt weit hinter der der westdeutschen Gemeinde zurück. Der materielle Wohlstand, ebenso der Individualisierungsgrad ist im Westen höher als im Osten. Sorgen und Ängste – insbesondere was die eigene Zukunft und die des Dorfes insgesamt betrifft – sind im Osten natürlich weit verbreiteter als im Westen. Umstellungsprobleme, die individuelle wie kollektive Verarbeitung der neu entstandenen Situationen, belasten die Menschen im Osten in einem weitaus größeren Maße als im Westen – wobei allerdings betont werden muß, daß auch die Menschen in der westdeutschen Gemeinde auf-

13 Die Studie wurde im sächsischen Werda (Landkreis Auerbach) und im nordbayerischen Regnitzlosau (Landkreis Hof) durchgeführt. Beide Gemeinden haben ca. 1100 Einwohner (in Regnitzlosau wurde nur die Kerngemeinde, nicht die eingemeindeten Ortsteile untersucht); sie sind seit Jahrzehnten reine „Industriedörfer“, in denen die Landwirtschaft nur noch eine geringe Rolle spielt. Um die nachfolgenden „Einstellungen“ besser einordnen zu können, soll noch auf folgende Strukturdaten hingewiesen werden: 1. Die Zahl der Auspendler übertrifft in beiden Gemeinden bei weitem die der Einpendler. 2. Die Arbeitslosigkeit lag in beiden Gemeinden zum Zeitpunkt der Befragung unter den landesüblichen Durchschnittswerten. 3. Der Grad des Wohneigentums ist in beiden Gemeinden sehr hoch (über 95 Prozent in Werda; über 65 Prozent in Regnitzlosau). 4. In beiden Gemeinden dominiert die evangelisch-lutherische Konfession. – Die Studie wurde im Sommersemester 1991 konzipiert (im Rahmen eines soziologischen Forschungspraktikums). Erste Kontaktgespräche erfolgten im Winter 1991/92. Die Daten wurden im Frühjahr und Sommer 1992 (in zwei jeweils zweiwöchigen Feldphasen) erhoben. Für ihre Mitarbeit danken wir: Bettina Conrad, Anette Hollwich, Peter Koenen, Marco Marino, Hans-Peter Sigg, Heimo Wolff, Petra Zeitler und Martin Zeitler.

grund ihrer geographischen Lage an der ehemaligen innerdeutschen Grenze mit Umstellungsproblemen und Gewißheitsverlusten zu kämpfen haben. So wurden in beiden Gemeinden von den Befragten durchgängig folgende zwei als vordringlich eingeschätzte Problembereiche genannt: der Verlust der Sicherheit und die Bedrohung des Eigenen.

1. Problembereiche in beiden Gemeinden

a) Der „Verlust der Sicherheit“

In beiden Gemeinden ist ein stetig wachsendes „Unsicherheitsgefühl“ zu beobachten, das sich nicht nur in einer steigenden Angst vor zunehmender Kriminalität, sondern auch in der Sorge um die Arbeitsplätze und die eigenen Lebenschancen Ausdruck verschafft. Dieses Unsicherheitsgefühl bündelt sich in Aussagen wie *„Wir haben früher sicherer gelebt“*, die in beiden Gemeinden durchgängig zu hören waren, und dies, obwohl die objektiven Lagen (z.B. die unverändert gebliebene Kriminalitätsrate, aber auch die in beiden Gemeinden relativ geringe Arbeitslosenrate) keinen Anlaß dafür bieten. Insbesondere in der ostdeutschen Gemeinde ist man der Meinung, man unterliege in der neuen, ungewohnten Situation ganz neuartigen Belastungen, die man erst verkraften müsse, um dann „einen neuen Trott“ zu finden. So sagte ein Befragter: *„Die Belastungen muß man so verstehen. Das hängt nicht mit dem Geld zusammen, sondern mit dem Druck, daß man sagt, wir sind es nicht gewohnt, daß wir nicht wissen, was in drei Wochen ist. So weit zu denken. Man möchte die Sicherheit haben, das ganze Jahr, also in einem Trott leben, wie es die 40 Jahre war. Wir sind es nicht gewohnt, das ist das Problem“*. Und ein anderer meinte: *„Wir haben immer gedacht, zu Erichs Zeiten, so kann es nicht mehr weitergehen. Irgendwie mußte etwas passieren. Aber wie sich jetzt die ganze Sache entwickelt, mit der Arbeitslosigkeit, die ganzen Kosten, die auf uns zukommen, obwohl die Löhne zum Teil immer noch dieselben sind oder nicht viel angehoben worden sind. Da fragt man sich doch, wie soll die Entwicklung denn weitergehen. Im Endeffekt kommt hüben nichts in die Tasche und doch geht alles raus. Und die Stimmung wird kritisch. Sie wird der Regierung gegenüber kritischer. Früher haben sie gesagt: Bloß weg von den Roten, und jetzt sagen sie: Man muß sich doch Gedanken machen, wo das denn alles hinführen soll. Die sozialen Sicherheiten sind in dem Sinne auch nicht mehr da. Früher war das alles zum Nulltarif. Heute müssen wir für alles zahlen.“*

b) Die „Bedrohung des Eigenen“

Mit der Wende ist in die bisher abgelegene, geordnete und überschaubare Lebenswelt der beiden Gemeinden das „Fremde“ in Gestalt von in- und ausländischen Durchreisenden, Beratern, Vertretern, Verkäufern, Versicherungsagenten, aber auch von Asylbewerbern eingebrochen – eine Situation, die in beiden Gemeinden als „bedrohlich“ empfunden und der mit einem gestiegenen Sicherheitsbedürfnis (Abschließen der Wohnungstüren auch bei kleineren Besorgungen, Einbau neuer Sicherheitsschlösser), einer zunehmenden „Abkapselung“ gegen alles Fremde und einer nostalgischen Verklärung der „guten alten Zeit“, als alles noch „überschaubar“ war, begegnet wird. Aussagen wie: „Aber jetzt muß man vorsichtig sein, weil die Tschechen alle rüber können und die Polen, also da muß man schon vorsichtig sein, da muß man alles zusperren“ oder: „Die Tür kann man nicht mehr auflassen, wenn die CS-Autos vorbeifahren“, waren in beiden Gemeinden durchgängig zu hören. Man reagiert auf die neue Situation mit einem gesteigerten Mißtrauen und schließt sich gegenüber den Fremden ab: „Wir sind hier einfach konservativer eingestellt und auch alle finanziell gut situiert. Sozialhilfeempfänger gibt es hier eigentlich keine. Es zieht schon mal einer her. Der fühlt sich aber nicht lange wohl hier. Weil das eben einfach ein ganz gesunder Volksstamm ist da.“

Zu diesen in beiden Gemeinden beobachteten Problemen traten in der ostdeutschen Gemeinde (als spezifischer Ausdruck des Systemwandels) noch die „Last der Zeit“ und das „Ende der Gleichheit“ hinzu:

c) Die „Last der Zeit“

Die gestiegenen Arbeitsanforderungen, die längeren Wege zur Arbeitsstelle, aber auch der Zeit in Anspruch nehmende Umgang mit der neuartigen westlichen Bürokratie (Krankenkasse, Wohngeld, Arbeitslosenunterstützung) und der Marktwirtschaft (Preis- und Leistungsvergleiche etwa beim Einkaufen oder beim Abschließen von Versicherungen), werden als Belastung und Bedrohung der Dorfgemeinschaft erlebt. Die durchgängig geäußerte Klage, daß keiner mehr Zeit für den anderen habe, steht für diese Angst vor der „Vereinzelung“ und der „Atomisierung“ der ehemals harmonischen Dorfgemeinschaft. Aussagen wie: „Wir, die wir beide glücklicherweise Arbeit haben, wir haben Streß bis zum geht nicht mehr“ waren an der Tagesordnung. Insbesondere der westliche Arbeitsstil fordert die Menschen heraus. So meinte eine Frau: „Also ehrlich, jetzt bist du geschaffter. Wie mein

Mann, wenn der heimkommt, dann schläft er erst mal. Der steht jetzt meistens um drei auf, was früher alles nicht war. Früher, da haben wir Radtouren unternommen, das ist alles eingeschlafen. Mit den anderen zusammen, da haben wir Picknick gemacht im Wald. Das ist alles nicht mehr. Teilweise ist der Streß viel größer geworden. Keiner hat mehr Lust dann. Wenn sie frei haben, sagen alle: Hab keine Zeit, kaputt, mal ausruhen.“

d) Das „Ende der Gleichheit“

Die beginnende soziale Differenzierung, das dadurch entstehende Wohlstandsgefälle und der sich daraus ergebende Sozialneid – alles Folge auch von unterschiedlicher Leistungsbereitschaft und Initiative – werden durchgehend als „gemeinschaftszerstörende“ Faktoren erlebt und selbst von denen, die als „Gewinner der Einheit“ bezeichnet werden können (wie die jetzt selbständigen Handwerker), überwiegend ambivalent beurteilt: „Der Zusammenhalt unter den Leuten, der war echt in einer Notsituation besser. Und das hat sich jetzt geändert. Ich meine, der Abstand zwischen arm und reich ist elend größer geworden. Die Leute sind viel reservierter und mit mehr Vorbehalten jetzt. Das heißt, sie wollen sich nicht mehr in die Karten gucken lassen. Und das gab es früher eigentlich nicht. Früher saßen alle im gleichen Boot, die sozialen Unterschiede waren nicht da. Jeder wußte, was der andere verdiente. Es gab keine sozialen Unterschiede, auch nicht am Biertisch. Ich will es mal so sagen. Man hat sich, psychisch gesehen, wohl gefühlt. Der Bürger war in der Beziehung verwöhnt, rein von der psychischen Sozialvariante war er verwöhnt. Er war nur nicht mit materiellen Dingen verwöhnt, weil es eben alles zum Nulltarif gab.“ Vor der Wende herrschte in der ostdeutschen Gemeinde – wie in der ganzen DDR – sowohl was die Löhne, als auch die individuellen Besitzverhältnisse betraf, eine „relative soziale Gleichheit“ (das Einkommen eines Arbeiters in der Textilindustrie z. B. lag nur unwesentlich unter dem des Arztes). Wie Sighard Neckel zeigen konnte¹⁴, hatten die Menschen in der ehemaligen DDR ein feines Sensorium auch für diese kleinsten Unterschiede ausgebildet, wodurch die jetzt aufbrechenden „sozialen Unterschiede“ von allen Einwohnern als bedrohlich empfunden und mit Mißtrauen verfolgt werden.

Sieht man aber einmal von diesen „wendebedingten“, die bisherigen Alltagsroutinen in Frage stellenden Ausnahmeerscheinungen ab und bohrt

¹⁴ Vgl. Sighard Neckel, Die Macht der Unterscheidung. Beutezüge durch den modernen Alltag, Frankfurt am Main 1993, S. 180 ff.

tiefer, fragt nach Idealen, nach Wünschen und Hoffnungen für das alltägliche Leben, beobachtet die Menschen in ihren alltäglichen Handlungsvollzügen, in ihren alltäglichen symbolischen Sinnwelten und Lebensräumen, in ihrem alltäglichen Miteinander in der Familie und der dörflichen Gemeinschaft, so entdeckt man auch viele Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Gemeinden.

2. Gemeinsamkeiten zwischen beiden Gemeinden

a) „Herrschaft der Sekundärtugenden“

In beiden Gemeinden dominiert das, was man als die „Herrschaft der Sekundärtugenden“ bezeichnen kann. Vergleicht man die grundlegenden Einstellungen zur Bedeutung von Arbeit, Leistung, Eigentum, Religion und Heimat, so kann man in beiden Gemeinden von einem allgemein geteilten „Wertkonservatismus“ sprechen. Das Leben wird immer noch eher als Aufgabe denn als Genuß betrachtet. Arbeit und Leistung besetzen eindeutig den ersten Rangplatz auf der Skala der Lebensziele: *„Wer etwas erreichen will, der muß auch was tun.“* Religion und Kirchengliederung (100 Prozent im Westen, 75 Prozent im Osten) sind noch unhinterfragte und selbstverständliche Bestandteile der Biographie und prägen das alltagsethische Verhalten. Die traditionellen Tugenden wie Freundlichkeit, das Grüßen, die Nachbarschaftshilfe, aber auch Pünktlichkeit, Sauberkeit und Sparsamkeit gelten in beiden Gemeinden noch weitgehend uneingeschränkt – in der ostdeutschen Gemeinde sogar noch etwas mehr als in der westdeutschen Gemeinde. „Hilfsbereitschaft“ läßt sich in beiden Gemeinden ohne weiteres als die zentrale moralische Kategorie identifizieren, um die herum sich die anderen Werte „Offenheit“, „Ehrlichkeit“, „Anständigkeit“ und „Höflichkeit“ gruppieren. Insbesondere darauf, daß die Kinder grüßen lernen, wird immer noch Wert gelegt: *„Na ja, erstmal, daß sie freundlich sind. Wie es bei uns im Dorf üblich ist. Da wird begrüßt, das ist egal, ob die jetzt am anderen Ende vom Dorf wohnen oder ob das direkte Nachbarn sind.“*

b) Familie als Ort sozialer Anerkennung, Geborgenheit und Sicherheit

In beiden Gemeinden gilt die Familie – neben der Arbeit – als der entscheidende Ort, an dem der Mensch soziale Anerkennung, Geborgenheit und Sicherheit finden kann. Das familiäre Leben erscheint idealisiert, in ihm verwirklicht sich das „kleine Glück der Geborgenheit“. Die Intaktheit der Familie (und dazu gehört auf dem Dorf auch

noch die engere Verwandtschaft) wird stillschweigend vorausgesetzt. Das soziale Gebot ihrer „Unversehrtheit“, die Vorstellung, daß man in geordneten Verhältnissen – und das heißt in einer „ordentlichen Familie“ – beheimatet sein müsse, um sein Leben meistern zu können, bildet den selbstverständlichen und unbefragten Hintergrund der Lebensführung: *„Die Frau muß in die Ehe das Schlafzimmer und die Küche, der Mann das Wohnzimmer einbringen. So war das immer. Davon sind auch unsere Eltern ausgegangen.“* Themen wie Scheidung, Trennung oder Alleinerziehende werden ausgeblendet, wenn nicht sogar tabuisiert. Die Erziehungsideale orientieren sich noch eindeutig an den althergebrachten Werten der elterlichen Autorität und des Respektes. Das „traute Heim“, die „familiäre Geborgenheit“ und die „Vertrautheit der sozialen Beziehungen“, die über den engen Kreis der unmittelbaren Kernfamilie weit hinaus greifen und für eine die Persönlichkeit stabilisierende Reduktion der sozialen Komplexität sorgen, kommen daher – aus der Perspektive vieler Dorfbewohner – aus einem garantiert „konfliktreduzierten und gemeinschaftsförderlichen Anbau“.

c) „Dorfgemeinschaft“ als Instanz sozialer Verortung

Neben der Familie gilt die als harmonisch vorgestellte „Dorfgemeinschaft“ als diejenige Instanz, die soziale Verortung ermöglicht und Leitbildfunktion auszuüben vermag. Wer kein Außenseiter sein will, identifiziert sich mit seiner Gemeinde, bemüht sich um einen „guten Draht“ zu seinen Nachbarn und ist Mitglied in zumindest einem der in beiden Gemeinden zahlreich vorhandenen Vereine. Das soziale Wohlverhalten, als dessen Gradmesser im Dorf das eingestandene Heimatgefühl und die grundsätzlich negative Einstellung zur Stadt, die Seßhaftigkeit sowie die öffentlich bekundete Zufriedenheit mit der sozialen Umgebung gilt, wird mit einer Reduktion von Komplexität in Gestalt einer vorgegebenen Ordnung und Sicherheit, also mit „Identität“ belohnt. So sagte ein Mann aus der ostdeutschen Gemeinde: *„Da hilft einer dem anderen, wenn irgendetwas ist, das ist auch jetzt noch so. Es ist schon ein wenig verschärfter geworden, weil ja jeder versucht, so gut wie möglich rauszukommen. Also die Gemeinschaft hängt nicht nur vom Bürgermeister ab, sondern auch vom Wirtshaus oder vom Fußball und solchen Sachen. Genau das macht doch das Kollektiv aus.“* In der westdeutschen Gemeinde denkt man ähnlich, statt Kollektiv sagt man aber hier in nostalgischer Verklärung noch Gemeinschaft.

d) *Gemeindepolitik als Ausdruck gemeinsamen Interesses, „zum Wohle der Gemeinde“ zusammenzuarbeiten.*

Die Idealisierung der Dorfgemeinschaft zu einem harmonischen, konfliktfreien Ensemble „anständiger Menschen“ hat auch Auswirkungen auf das Politikverständnis in beiden Gemeinden. Nicht die Konkurrenz der Parteien, sondern das gemeinsame Interesse, „zum Wohle der Gemeinde“ zusammenzuarbeiten, bestimmt daher die Gemeindepolitik. Partikuläre Interessen werden überdeckt von einer durchgängig zu beobachtenden Gemeinschaftssemantik, die das im Kern unpolitische Ideal einer am Gesamtwohl orientierten kommunalen Kooperation beschwört. In der westdeutschen Gemeinde wurde dieser Sachverhalt wie folgt formuliert: *„Kommunalpolitisch, da sieht keiner, daß das irgendwie abgegrenzt wird zwischen SPD, CSU oder FDP oder so. Da gibt es eigentlich nichts. Die Interessen, die sind da nicht zu trennen. Das ist immer personengebunden. Das Verständnis füreinander kann ja nicht durch eine Partei irgendwie hervorgehoben werden. Im Grunde genommen wird die Welt so bleiben. Man wird sich immer die Taschen vollhauen, anders geht's nicht wahrscheinlich, wenn man irgendwie hochkommen will.“* Und in der ostdeutschen Gemeinde hieß es: *„Wirkliche Probleme hatten wir eigentlich wenig, weil wir als Bürger einer kleinen Gemeinde schon unter kommunistischen Verhältnissen versucht haben, das Beste daraus zu machen. Das war früher unter den schwierigen Bedingungen noch mehr ausgeprägt. Da hat man gesagt: Paß' mal auf – Geld gab es ja in diesem Sinne ja fast keines –, wir machen jetzt mal einen Arbeitseinsatz, da kriegt jeder eine Bockwurst und ein Bier oder zwei, und da machen wir, sagen wir mal, den Berg hier oben sauber, oder im Verkehrssicherheitsaktiv, wie es damals noch hieß, wir richten wieder alle Schilder. Die Sportler haben ihre Sporthalle in Ordnung gehalten. Da war natürlich großer Zusammenhalt.“*

Für diese im Grunde unpolitische Sicht der Verhältnisse spricht auch, daß Politik insgesamt – insbesondere dort, wo sie als partikularisierende Interessenpolitik auftritt – selbst von Gemeindepolitikern durchgehend mit Mißtrauen verfolgt wird. Entweder einigt man sich auf die Formel einer parteiübergreifenden Sachpolitik zum Wohle aller: Der Gemeinderat sieht sich dann nicht als Politiker, sondern als Verwaltungschef und Treuhänder. Oder man schwört noch auf eine im Kern

patriarchalische Sicht der Politik: Die politische Führung der Gemeinde tritt dann in der Rolle des „pater familiae“ auf¹⁵.

III. Ländliche Lebenswelten zwischen Individualisierung und Gemeinschaftssehnsucht

In vielen der das Alltagshandeln determinierenden Wertvorstellungen, Grundüberzeugungen und Gewißheitsmustern stimmen die Menschen in beiden Gemeinden überein. Diese einzelnen Aspekte verdichten sich im Bild der „Gemeinschaft“, so wie es Ferdinand Tönnies vor mehr als 100 Jahren gezeichnet hatte¹⁶: Gemeinschaft als Symbol für ein menschliches Verbundensein, das auf der Unmittelbarkeit und Wärme, der Direktheit und Verbindlichkeit, der Nähe und Vertrautheit menschlicher Sozialbeziehungen beruht und Verlässlichkeit, Geborgenheit und Sicherheit garantiert. So sieht man in beiden Dörfern die eigene Lebenswelt und so wünscht man sie sich für die Zukunft. Veränderungen, Neuerungen und Fremde stören nur; partikuläre Interessenpolitik wird abgelehnt, weil sie das Gemeinwohl zerstört; soziale Unterschiede werden überdeckt, weil sie die Harmonie verletzen. Und kommt man um Veränderungen nicht herum, dann müssen diese so umhert und den Bahnen des Gewohnten und Eingespielten angepaßt werden, daß sie das harmonische Ensemble der Dorfgemeinschaft nicht beeinträchtigen: Keine Experimente – so lautet die Devise in beiden Gemeinden, selbst dann, wenn, wie in der ostdeutschen Gemeinde, die objektiven Gegebenheiten dazu zwingen.

Diese Orientierung am Ideal der Gemeinschaft ist in beiden Gemeinden durchgängig zu beobachten. In der Sehnsucht nach Überschaubarkeit und Geborgenheit, nach Sicherheit und Gewißheit, Harmonie und Konformität sind sich die Menschen hüben wie drüben einig. Und doch kann nicht von

15 Sighard Neckel ist bei seiner Gemeindestudie im ostdeutschen „Waldleben“ zu einem ähnlichen Ergebnis gelangt; vgl. Sighard Neckel, Das lokale Staatsorgan. Kommunale Herrschaft im Staatssozialismus der DDR, in: Zeitschrift für Soziologie, 21 (1992), S. 252 ff.; vgl. außerdem Elmar Lange/Peter Schober, Sozialer Wandel in den neuen Bundesländern. Beispiel: Lutherstadt Wittenberg, Opladen 1993, S. 212 ff.

16 Vgl. Ferdinand Tönnies, Gemeinschaft und Gesellschaft, Darmstadt 1978⁸.

einer Deckungsgleichheit beider Gemeinden gesprochen werden. Es gibt auch Unterschiede. Auch diese lassen sich wieder unter Rückgriff auf Ferdinand Tönnies und sein Begriffspaar „Gemeinschaft und Gesellschaft“ beschreiben. Im Osten ist man begierig auf die „Früchte der Gesellschaft“ wie individuelle Wahlfreiheit und materiellen Wohlstand, im Westen will man nicht mehr darauf verzichten.

Gleichzeitig werden die negativen Folgewirkungen von „Gesellschaft“ wie Distanz, Formalisierung, Unübersichtlichkeit vehement abgelehnt und die „Segnungen der Gemeinschaft“, ihre Unmittelbarkeit und Wärme, ihre Direktheit und Verbindlichkeit beschworen. Dieser Zwiespalt, Unvereinbares vereinbaren zu wollen, kennzeichnet die Menschen in beiden Gemeinden. Der paradoxe Wunsch, Individualisierung und Gemeinschaftsbindung gleichzeitig genießen zu können, beschreibt das Idealbild menschlichen Zusammenlebens in Ost und West. Man will die Vorteile von Demokratie und Kapitalismus genießen, aber von ihren gemeinschaftszerstörenden Nachteilen nichts wissen. Vielmehr sollen die Vorteile von „Gemeinschaft“ und „Gesellschaft“, genau wie Tönnies (und vor ihm schon Marx) das wollte, in einer neuen, auf höherem Niveau angesiedelten „Gemeinschaft“ gleichsam synthetisiert werden. So erklärt sich auch das in der ostdeutschen Gemeinde zu beobachtende halbherzige Nachtrauern um den „Sozialismus“, der genau dieses versprach.

Das sozialistische System konnte in der ostdeutschen Gemeinde deshalb so problemlos akzeptiert werden, weil es – jedenfalls in seinen alltäglichen Konsequenzen – nichts Neues von den Menschen verlangte. In einer Dorfgemeinschaft, in der jeder nahezu alles vom anderen weiß, werden Spitzeldienste zur Farce. In einer Dorfgemeinschaft, in der die traditionellen Mechanismen der sozialen Kontrolle Homogenität erzwingen und Konformität als ästhetisches Erlebnis vorgeführt wird, bedarf es kaum politischer Disziplinarmaßnahmen seitens der Partei oder des Staates. Die Sozialform, die das sozialistische System anbot, entsprach so in vielem der überkommenen deutschen Gemeinschaftssehnsucht, die sich zumeist von allem abwendet, das Politik heißt. Der ideologische Überbau wurde nicht ernstgenommen oder stillschweigend ignoriert. Wenn das Wort Kollektiv politisch erwünscht war, dann sagte man eben Kollektiv statt Gemeinschaft, die Sache blieb die gleiche. Noch mehr: Der Sozialismus als Gleichheitsideologie verhinderte das Einsetzen sozialer Differenzierungsprozesse, die sich aus der Steige-

rung der Produktivkräfte (auch in der ehemaligen DDR) notwendig ergeben hätten, wären ihr nicht ideologische Fesseln angelegt worden. So stützte das sozialistische Gleichheitspostulat die Bewahrung der alten, traditionellen Gemeinschaftswerte, indem es die Entstehung einer die Struktur des Dorfes sprengenden sozialen Ungleichheit verhinderte oder jedenfalls begrenzte.

Die in vielerlei Facetten geschilderten Ansichten über die Gewinne und Verluste im Gefolge der Wiedervereinigung in der ostdeutschen Gemeinde lassen sich in der durchgängig geäußerten Meinung bündeln, daß die insgesamt als positiv gewerteten politischen und wirtschaftlichen Veränderungen seit der Wende mit einem Verlust an Sicherheit und Geborgenheit, mit einer Verkomplizierung des Gewohnten, Selbstverständlichen und Eingelebten verbunden seien, die letztlich mit dem Verlust der Gemeinschaft bezahlt werden müsse. Obwohl der sozialistische Traum von einer Gesellschaft der Gleichen unter den Bedingungen des real existierenden Sozialismus nur von den wenigsten Bürgern als eine auch nur in Ansätzen realisierte Utopie erfahren wurde, hat doch die durch staatliche Direktive zementierte Egalisierung der ökonomischen Zugangschancen und persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten eine „Notgemeinschaft“ entstehen lassen, deren ökonomischer „Notstand“ als gemeinschaftlicher „Wohlstand“ gewertet werden konnte. Da jeder vom anderen wußte, was er in der Lohntüte mit nach Hause brachte – und zwar ohne dem sozialen Absturz durch eine drohende Arbeitslosigkeit ausgesetzt zu sein –, konnte der Neid, den Helmut Schoeck als einen wirkungsvollen Schmierstoff sozialer Differenzierung bezeichnet hat¹⁷, keine die Individualisierung fördernde Wirkung ausüben. Auf dem Boden dieses sozialen Grundmusters einer nicht nur prinzipiellen, sondern auch real existierenden Gleichheit konnten ganz bestimmte, gleichgerichtete und auf Gegenseitigkeit beruhende Ansprüche an die zusätzliche Leistungs- und Belastungsfähigkeit der Familie, der Nachbarn und Freunde gestellt werden. Ökonomische Gleichheit bedeutete daher nicht nur, daß jeder über die gleichen geringen finanziellen Mittel verfügte, für die er sich nicht das kaufen konnte, was er wollte. Gleichheit bedeutete auch, daß man das zum Leben Notwendige, wie auch jede Realisierung des kleinen Glücks (Reparatur des Trabis, Bau einer Datsche, Verschönerung des Heims) nie gegen, sondern nur mit den anderen bekommen

17 Vgl. Helmut Schoeck, *Der Neid. Die Urgeschichte des Bösen*, München – Wien 1980.

und verwirklichen konnte. Jeder Versuch, Andersartigkeit, Besonderheit zu zeigen, wäre als ein Verstoß gegen die gemeinschaftlichen Werte geahndet worden.

Die Möglichkeiten des Sichunterscheidens waren begrenzt durch die Art des verfügbaren Warenangebots. Man mußte sich bei dem staatlich verordneten Einheitskonsum schon etwas einfallen lassen, um Aufmerksamkeit zu erlangen. Das förderte eine Bastlermentalität, die von Improvisation und dem Sozialkapital guter Beziehungen lebte. Die Menschen lebten in der „Atmosphäre einer Betriebsgemeinschaft“¹⁸, in der sie zwar erkennbar sein, aber nicht auffallen wollten. Alles dies hat sich nach der Wende grundlegend geändert. Das Geld rückt in den Vordergrund, der Besitz bestimmter Waren erzeugt Neid, die Protzerei und Prahlerei mit dem, was man hat, gegenüber denjenigen, die es sich (noch nicht) leisten können, beginnt das allgemeine Klima zu vergiften. *„Geld war ja uninteressant. Untereinander hat die Gemeinschaft jetzt doch gelitten. Die zwischenmenschlichen Beziehungen sind nicht mehr da. Wenn du Geld hast, kannst du alles kaufen. Früher hattest du einen Kollegen, der dir geholfen hat. Und später hast du ihm eben geholfen.“* Mit der steigenden Verfügung über Geldmittel ändert sich die Bereitschaft, für andere unentgeltlich zu arbeiten. Die Möglichkeit einer finanziellen Entlohnung entbindet von der Verpflichtung zu gegenseitiger Hilfeleistung und führt zu einer Anonymisierung der in Anspruch genommenen Dienste.

Die Verklärung der unmittelbaren Vergangenheit, die als überschaubar, unkompliziert und ruhig hingestellt wird im Vergleich zu den Anforderungen eines Kapitalismus, der die Jagd nach dem schönen Mammon zu seinem obersten Gesetz erklärt, läßt den Sozialismus nachträglich in einem rosigeren Licht erscheinen. *„Der Gedanke des Sozialismus ist nicht das Schlechteste. Nur, der klappt nicht. Der Grundgedanke ist nicht übel, habe ich immer gesagt. Nur, wer hat ihn bisher ordentlich praktiziert?“* Der Kapitalismus, so befürchten viele, wird die Unterschiede zwischen den Menschen fördern und die Gleichheit beenden. Seine Profiteure sind die Reichen: *„Wer hat, dem wird gegeben.“* Der „kleine Arbeiter“ aber wird aus diesen Veränderungen schlechter herauskommen, als er in sie hineingeriet. *„Im Grunde genommen hat jeder seine Sicherheit gehabt. Das gibt's nicht mehr. Und damit müssen ja nun auch die kleinen Leute fertig werden. Alle.“*

18 S. Neckel (Anm. 14), S. 188.

Wer sich seine eigenen finanziellen Sicherheiten schaffen kann, wird aus den neuen Umständen gewiß seinen Vorteil ziehen. Alle anderen haben das Nachsehen. Es ist daher kein Wunder, wenn sich gerade die kleinen Selbständigen bitter darüber beklagen, daß ihre Nachbarn und Kunden kein Verständnis mehr dafür aufbringen, daß die ehemals aus dem Motiv der Gegenseitigkeit heraus geleistete Hilfestellung nun nicht mehr ohne eine solide „Verrechnungsbasis“ geleistet werden kann. Der Neid und die Mißgunst gehen sogar so weit, daß sich ein kleiner Unternehmer, der vor der Wende nie mit dem Gedanken gespielt hatte, einen Ausreiseantrag zu stellen, heute fragt, ob es für ihn und sein Geschäft nicht besser sei, in einen anderen Ort zu ziehen, um dort *„in einer gewissen Anonymität, also wo mich keiner kennt, noch einmal neu anzufangen“*. Wer diese Alternative, nämlich wegzuziehen, nicht hat, für den gilt in der Mehrzahl, daß er den alten Verhältnissen zwar nicht hinterhertrauert, ihren „Wert“ aber doch genau abzuschätzen weiß: *„Das ganze Soziale ist ja jetzt alles ein bißchen nicht mehr so, wie es früher bei uns war. Ganz so sicher sind wir nicht mehr.“* Früher, so sagen dagegen alle Befragten in der ostdeutschen Gemeinde, *„früher war es ruhiger. Der Kampf am Arbeitsplatz war nicht so. Jetzt wird man wegen jedem kleinen Ding sofort verpöffelt. Der Egoismus wurde aufgebaut.“*

Die Kinder, die den Genüssen, Versprechungen und Möglichkeiten eines potentiell unbeschränkten Konsums einen ganz anderen Reiz abzugewinnen vermögen als ihre Eltern, erscheinen besonders gefährdet. *„Ich war letztes bei einer ehemaligen Lehrerin, die sagt auch, es zählt bei den Kindern nur noch, wieviel sie in der Schrankwand stehen haben, was sie für ein Auto haben, was sie eben besitzen. Das bedauere ich eigentlich, wenn das nur in die Richtung laufen würde.“* Der Übergang von einem sicheren kollektiven Status zu einer als defizitär empfundenen Individualität¹⁹ ist schmerzhaft und mit einer ganzen Reihe von Enttäuschungen verbunden, die alle verkraftet werden müssen. Dazu gehören auch solche „neuen Erfahrungen“, wie man sie im Gefolge eines wachsenden Geizes bei den ansonsten als freigebig eingeschätzten Nachbarn machen kann. So berichtete eine Befragte: *„Die Leute sind auch geiziger geworden. Ich hatte ja schon zu DDR-Zeiten einen Laden. Da hat nie einer von hundert sich meinetwegen fünf Pfennige wiedergeben lassen, was ich jetzt immer habe. Und wenn es ein Pfennig ist. Die Leute lassen sich jetzt rausgeben. Das kannte ich früher nie. Oft*

19 Vgl. ebd., S. 82.

fünzig Pfennige, eine Mark, immer war das so. Also, das merkt man ganz deutlich, daß im Umgang mit dem Geld das Verhältnis ganz anders geworden ist.“ Und eine andere erzählte: „Früher war man auf dem Tanz viel spendabler. Es war auch viel mehr los. Jetzt schaut jeder nur noch auf sein Geld. Und jetzt ist es zum Beispiel wichtig, was man für ein Auto fährt.“ Das Resultat dieser für alle neuen Entwicklung – jedenfalls sehen es viele Bewohner der ostdeutschen Gemeinde so – ist ein „depressiver Zwangsindividualismus, der auch durch die gestiegenen Konsumchancen nicht dauerhaft aufzuheben ist“²⁰.

Helmut Plessner hat diese Sehnsucht nach Gemeinschaft schon 1924 in seinem Buch „Die Grenzen der Gemeinschaft“²¹ als Ausdruck einer typisch deutschen Mentalität beschrieben. Wir haben Elemente dieser Mentalität in beiden Dörfern gefunden. Im Westen tritt sie nicht so kraftvoll und frisch in Erscheinung wie im Osten, ist aber auch hier durchgängig mit den Händen zu greifen. In der ostdeutschen Gemeinde entsprach das Bild der harmonischen Dorfgemeinschaft weitgehend der Realität – fiktionale Elemente waren hier, anders als in der westdeutschen Gemeinde, kaum vorhanden. Dort ist die Beschwörung der Gemeinschaft oftmals nur noch Rhetorik – gleichwohl aber immer noch identitätsstiftende Rhetorik, und die auch hier durchgängig zu hörende Rede vom „Gemeinschaftsverlust“ trägt deutliche nostalgische, wenn nicht sogar museale Züge. In der ostdeutschen Gemeinde hingegen fußt die Rede vom Gemeinschaftsverlust auf den realen Erfahrungen von Streß und Hektik, des Zerfalls gemeindlicher Netzwerke und zunehmender sozialer Differenzierung. Die mit der Wende einsetzende, explosionsartige Individualisierungswelle wird als bedrohlich erlebt. Um so mehr versucht man – nach dem Fortfall der alten institutionellen Sicherungen des DDR-Staates – den stabilen Bezugsrahmen der Familie und der Dorfgemeinschaft als Auffangnetz zu bewahren – freilich schon in dem resignierenden Bewußtsein, am Lauf der Zeit doch nichts ändern zu können.

Als Ideal freilich wird Gemeinschaft in beiden Gemeinden durchgängig beschworen und zwar mit einer Heftigkeit, die überraschte. In ihrer Sehnsucht nach gemeinschaftlicher Idylle (mit Eigenheim, Vorgarten, Wohnmobil, Musikantenstadel, Bierzeltseligkeit, Vereinsmeierei und Gartenzwerge) sind sich die Deutschen in Ost und West jetzt

schon ziemlich ähnlich, und es steht zu erwarten – oder zu befürchten? –, daß sie sich auf den ehemals (vor 1945) gemeinsamen Nenner wieder zubewegen.

IV. Resümee: Wie verschieden sind wir wirklich?

Die hier nur skizzierten Befunde unserer Studie zeigen, daß in beiden Gemeinden sehr viele Gemeinsamkeiten, aber auch einige Unterschiede existieren. Letztere lassen sich allerdings nur bedingt als Mentalitätsunterschiede bezeichnen. Man muß vielmehr von einem Fortdauern gemeinsamer mentaler Strukturen ausgehen, die sich nur in zwei Varianten ausgestaltet haben. Beide Gemeinden lassen sich als zwei Brüder interpretieren, die sich lange nicht mehr gesehen und in unterschiedlichen Welten gelebt haben. Jeder hat bestimmte Unarten angenommen und doch ist ihnen vieles gemeinsam geblieben.

In einer Studie über das Deutschenbild der Deutschen, die das Allensbacher Institut für Demoskopie um die Jahreswende 1989/90 in beiden Teilen der Republik durchgeführt hat, wurde ein verlegener, rundbäuchiger, etwas schielender deutscher Michel in einer Abbildung vorgelegt und dazu die Frage gestellt: „Das ist der deutsche Michel. Was empfinden Sie, wenn Sie den deutschen Michel sehen? Ist Ihnen der Michel eher sympathisch oder eher unsympathisch?“ Obgleich der deutsche Michel – ganz anders als die französische Marianne, der englische John Bull oder der amerikanische Uncle Sam – eher lächerlich aussieht, erklärte die Mehrheit der Deutschen, sie fänden ihn sympathisch²². Was man an dieser Figur sympathisch findet, ergibt sich aus den Antworten auf die Frage, welche guten Eigenschaften man denn am deutschen Michel erkennen könne. Diese Frage bringt nun alle Eigenschaften zum Vorschein, die die Deutschen an sich selbst lieben: gutmütig, fleißig, ehrlich, tüchtig, freundlich, sparsam, häuslich, ordentlich und gemütlich.

Es ist genau dieses Bild des „deutschen Michel“, das uns in beiden Gemeinden begegnete. Nur: Während der westdeutsche Michel sich schon in

20 Ebd. S. 190.

21 Vgl. Helmut Plessner, Grenzen der Gemeinschaft. Eine Kritik des sozialen Radikalismus, Bonn 1924.

22 Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann, Nach der deutschen Revolution, in: Die politische Meinung, November 1991, S. 72.

Designer-Jeans wirft, hat (jedenfalls der ältere) ostdeutsche Michel sein Nachthemd vorläufig noch anbehalten und seine Zipfelmütze noch nicht durch die amerikanische Baseballkappe ersetzt. Oder anders formuliert: Der moderne Individualisierungsprozeß und der damit verbundene Wertewandel ist in der westdeutschen Gemeinde etwas weiter fortgeschritten als in der ostdeutschen Gemeinde. Außerdem hatten die Menschen in der westdeutschen Gemeinde etwas mehr Zeit, sich darauf einzustellen und zu lernen, mit seinen

Folgewirkungen umzugehen. Man kann also in bezug auf die beiden Gemeinden – je nachdem, von welcher Seite man die Analyse beginnt – entweder von einer Phasenverschiebung auf dem Weg der Modernisierung sprechen oder von einer „Kühlschrankfunktion“²³ des sozialistischen Systems, nicht aber von grundlegenden Mentalitätsunterschieden.

23 Vgl. Peter Schneider, *Extreme Mittellage. Eine Reise durch das deutsche Nationalgefühl*, Reinbek 1990.

Horst Berger/Annett Schultz: Veränderung der Erwerbssituation in ostdeutschen Privathaushalten und Befindlichkeit der Menschen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16/94, S. 3–15

Im Zuge des Vereinigungsprozesses haben sich die Erwerbsverhältnisse in den neuen Bundesländern grundlegend verändert. Arbeitslosigkeit wurde für viele Ostdeutsche zur individuellen Erfahrung. Der Beitrag thematisiert die Folgen des Beschäftigungsabbaus für die Erwerbssituation der ostdeutschen Privathaushalte und präsentiert Ergebnisse eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Forschungsprojekts, das sich vor allem auf Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP-Ost) stützt.

Ausgehend von den Besonderheiten der ostdeutschen Privathaushalte, wird die veränderte Erwerbsbeteiligung in den Haushalten dargestellt und der Einfluß des Erwerbsstatus auf die Befindlichkeit der Haushaltsmitglieder analysiert. Die Arbeitslosigkeit beeinträchtigt nachhaltig die soziale Lage und die Befindlichkeit der Haushaltsmitglieder. Bislang konnten durch sozialstaatliche Transfers, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und spezifisch ostdeutsche Haushaltsressourcen in vielen Haushalten soziale Härten des Arbeitsplatzabbaus aufgefangen und abgefedert werden. Gleichwohl deutet sich bereits ein drastischer Anstieg sozialer Ungleichheit an.

Christian Brinkmann/Eberhard Wiedemann: Zu den psycho-sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16/94, S. 16–28

Wie in den alten Bundesländern führt langanhaltende Unterbeschäftigung auch in den neuen Ländern zeitverzögert zu Langzeitarbeitslosigkeit im weiteren Sinn unter Einschluß wiederholter Arbeitslosigkeit. Individuell gesehen belasten bei Arbeitslosigkeit zunächst die geringen oder fehlenden Einkommen. Einem Arbeitslosen in Ostdeutschland stehen im Durchschnitt 46 Prozent eines Erwerbseinkommens zur Verfügung.

Ähnlich wie in Westdeutschland geben drei Viertel der Arbeitslosen finanzielle Einschränkungen der einen oder anderen Art an. Nur wenige Arbeitslose bzw. Langzeitarbeitslose schätzen ihre eigene berufliche Zukunft optimistisch ein. Anders als Erwerbstätige verarbeiten 70 Prozent der Arbeitslosen den gesellschaftlich-sozialen Wandel überwiegend konflikthaft. Rückblickend waren sie vor der Wende zufriedener, ihre hohe Berufsorientierung ist aber weitgehend ungebrochen geblieben. Be- und Entlastungen unterscheiden sich nur teilweise von denen im Westen.

Arbeitslose in den neuen Bundesländern sind vor allem aus sozialstrukturellen Gründen politisch weniger interessiert als Erwerbstätige. Mögliche längerfristige Folgeprobleme der Arbeitslosigkeit – etwa ein eigenständiger zusätzlicher Einfluß der Arbeitslosigkeit auf die politische Orientierung von Arbeitslosen – bedürfen weiterer Untersuchungen.

Winfried Gebhardt/Georg Kamphausen: Mentalitätsunterschiede im wiedervereinigten Deutschland? Das Beispiel zweier ländlicher Gemeinden

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16/94, S. 29–39

Entgegen der allgemeinen Rede von den sogenannten Mentalitätsunterschieden zwischen Ost- und Westdeutschen stimmen die Menschen in den beiden von uns untersuchten Gemeinden in vielen das Alltagshandeln determinierenden Wertvorstellungen, Glaubensüberzeugungen und Gewißheitsmustern überein. Dies zeigt sich u. a. in einem deutlich zu beobachtenden Wertkonservatismus, in der Hochschätzung von Familie, Verwandtschaft und Dorfgemeinschaft als den sozialen Gemeinschaften, in denen der Mensch soziale Anerkennung, Geborgenheit und Sicherheit finden kann, sowie in einer Sicht des Politischen, die jede partikularisierende Interessenpolitik zugunsten einer parteiübergreifenden Sachpolitik zum Wohle aller ablehnt. Die beobachteten Unterschiede (größere Individualisierungängste und Unsicherheitsgefühle im Osten) lassen sich deshalb nur bedingt als Ausdruck unterschiedlicher Mentalitäten verstehen; sie sind eher Folge einer Phasenverschiebung auf dem Weg der Modernisierung bzw. der „Kühlschrankfunktion“ des sozialistischen Systems, in dem gesellschaftlicher Wandel kaum stattfand.